

# Potsdamer Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**  
(1/2 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 31. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-  
ruht: Dem Professor Dr. Heinrich Rose an der Universität zu Berlin und  
dem Königlich bayerischen Wirklichen Geheimen Rath und Hof-Bau-Intendanten  
von Klenze zu München, in Folge stattgehabter Wahl, den Orden pour le  
mérite für Wissenschaften und Künste zu verleihen; so wie den Kaufmann Wil-  
helm Tappenbeck in Pará zum Konsul daselbst zu ernennen; ferner dem  
Major von Kuville à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß und kom-  
mandirt nach Strelitz als Kommandeur des Großherzoglich mecklenburg-strelitz-  
schen Bundes-Kontingents, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großher-  
zogs von Mecklenburg-Strelitz Königl. Hoheit ihm verliehenen Offizier-  
Dienst-Kreuzes, so wie den nachstehenden, bei der Verwaltung der Eisenbahn-  
Angelegenheiten im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten  
angestellten Personen, nämlich dem Geheimen Regierungsrath Maybach und  
dem Kanzleirath Nebl, zur Anlegung des von des Kaisers von Oesterreich Ma-  
jestät ihnen resp. verliehenen Ordens der eisernen Krone zweiter Klasse und  
des Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens zu ertheilen.

Angekommen: Se. Erzengel der General-Lieutenant und Inspekteur  
der 2. Artillerie-Inspektion, von Puttkamer, von Torgau.

Abgereist: Der Königlich griechische außerordentliche Gesandte und be-  
vollmächtigte Minister am Kaiserlich russischen Hofe, Fürst Sypso, nach Pa-  
ris; der Großherzoglich badische außerordentliche Gesandte am hiesigen Hofe,  
Freiherr Marschall von Bieberstein, nach Karlsruhe.

Das 17. Stück der Gesessammlung, welches heute ausgegeben wird, ent-  
hält unter Nr. 5364 das Gesetz, betr. die Ermäßigung der Bergwerks-Abga-  
ben. Vom 22. Mai 1861; unter Nr. 5365 das Gesetz, betr. den Bau einer  
Eisenbahn von Altenbeken, an der Westfälischen Eisenbahn, über Hörter, bis  
zur Landesgrenze bei Holzminnen, desgleichen die Deduktion des Mehrbedarfs für  
die Saarbrücken-Erzer-Eisenbahn. Vom 22. Mai 1861; und  
unter Nr. 5366 den Vertrag zwischen Preußen und Braunschweig wegen der Her-  
stellung einer Eisenbahn von Altenbeken nach Kreienfeld. Vom 23. Februar 1861.  
Berlin, den 30. Mai 1861.

Debitokomptoir der Gesessammlung.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 29. Mai. [Kompromiß in  
der syrischen Frage; Uneinigkeit der Würzburger;  
Eindruck der Patowischen Erklärungen.] Die jüngst von  
mir ausgesprochene Erwartung, daß der Hader zwischen England  
und Frankreich in Betreff der syrischen Frage für jetzt mit einer  
friedlichen Ausgleichung zur Ruhe kommen werde, scheint sich schnell  
zu bestätigen. Man hat jetzt genauere Mittheilungen über die  
Sache, aus denen hervorgeht, daß in dem letzten auf die Organisa-  
tion Syriens bezüglichen Streitpunkte der Vorschlag des Tuilorien-  
kabinetts Aussicht auf allseitige Zustimmung hat. Bekanntlich hat  
die europäische Konferenz sich von vornherein über zwei Hauptpunkte  
geeinigt, nämlich darüber, daß der Libanon unter die Regierung  
geeinigt, nämlich darüber, daß dieser Fürst ein Christ  
sein müsse. Als Kandidaten für diese Stellung hatte Frankreich  
einen eingebornen Häuptling aus der Familie Cheab, den Emir  
Medjid, einen Abkömmling des seiner Zeit vielgenannten Emir's  
Beschir, vorgeschlagen. England sträubte sich Anfangs gegen dieses  
Projekt, vermuthlich, weil die Londoner Staatsmänner die Besorg-  
niß hegten, daß der Kandidat in einem zu innigen Freundschafts- oder  
Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich stehen werde. Doch fand  
der französische Vorschlag anderweitig Anklang, weil die Familie  
Cheab sich eines mächtigen Ansehens im Libanon erfreut. Schließ-  
lich hat England für gut befunden, seinen Widerstand aufzugeben  
und somit scheint der Sieg der Kandidatur des Emir's Medjid ge-  
sichert. Uebrigens wird der Berghauptling nach den französischen  
Vorschlägen eine sehr unabhängige Stellung und die Pforte kaum  
etwas Anders haben, als eine nominelle Oberhoheit nebst einem  
jährlichen Tribut. — Aus dem Kreise der Würzburger Koalition  
wird wohl kaum mehr als eine Maus hervorgehen. Schon jetzt  
versichern einzelne Stimmen aus jenem Lager, es handle sich nur  
um eventuelle Beschlüsse und um vorläufige Regelung einiger prak-  
tischer Fragen, unter denen auch die auf Herstellung einer Dampf-  
kanonenbootsflotte bezügliche genannt wird. Zwar klingt es sehr  
wunderlich, daß gerade die Binnenstaaten soviel Eifer für eine  
Marinefrage zeigen sollen; doch wäre die patriotische Betheiligung  
an dem Gegenstande, könnte man nur an dieselbe glauben, sehr  
lobenswerth. Indessen will man hier wissen, daß die Sonder-  
bündler mit hochstehenden Plänen ihre neueste Konferenz vorbe-  
reitet hatten und nur jetzt den Ton herabstimmen, weil sie in den  
Hauptpunkten, z. B. Wahl eines Oberfeldherrn für die „Oberrhein-  
armee“, nicht zur Einigkeit gelangen können. — Die gestrige Erklä-  
rung des Finanzministers, daß die Regierung, falls in Betreff der  
Militärvorlagen ein Konflikt zwischen der Staatsbehörde und der  
Landesvertretung hereinbrechen sollte, die Mittel zur Ausgleichung  
nicht neben der Verfassung, sondern in der Verfassung suchen  
werde, hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht und das Werk der  
Verständigung wesentlich gefördert.

[Berlin, 30. Mai. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.]  
Der König ließ sich heute Vormittags von dem Geheimrath Maire  
Vortrag halten und arbeitete darauf mit dem Kriegs- und Marine-  
minister v. Roon und den Generaladjutanten v. Manteuffel und  
v. Alvensleben. Mittags konferierte der König, wie schon Tags zu-  
vor, mit dem Generalauditeur Fleck und hatte alsdann im Beisein  
des Kronprinzen und des Fürsten von Hohenzollern eine Bespre-  
chung mit dem Minister v. Schleinitz. An der Tafel erschienen  
der Fürst und die Fürstin zu Waldeck, die kurz zuvor von Potsdam  
zurückgekehrt waren, so wie der Königin-Wittve und dem Prinzen  
und der Prinzessin Karl ihren Besuch gemacht hatten. Um 9 Uhr  
ist im königlichen Palais musikalische Abendunterhaltung, zu wel-  
cher mit den hohen und fürstlichen Personen auch die Minister, Ge-  
sandten, Landtagsmitglieder u., etwa 100 Gäste, geladen sind.  
In dieser Soirée erscheinen auch der Prinz Albrecht (Sohn), die

Prinzessin Alexandrine und der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-  
Schwerin, welche von Ludwigsruh heute Nachmittags hieher zurück-  
gekehrt sind, woselbst sie der Gortstagsfeier der Frau Großher-  
zogin Auguste beizuwohnen hatten. — Der Prinz und die Prinzessin  
Karl sind bereits nach Schloß Glienicke übergesteilt; morgen  
nehmen auch der Kronprinz und die Kronprinzessin und die Prin-  
zessin Alexandrine ihre Sommerresidenz in Potsdam. Am Sonn-  
abend Nachmittag soll daselbst auf der Havel ein solenner Wasser-  
fest abgehalten werden, für den die hohen Herrschaften ihre Theil-  
nahme zugesagt haben. Heute wollten die Majestäten und die  
übrigen Mitglieder der königlichen Familie auch bei dem angekün-  
digten Korso im Thiergarten erscheinen, es entlud sich aber Nach-  
mittags bei einem heftigen Gewitter über unsere Stadt ein Wolken-  
bruch, der viele Straßen sehr hoch unter Wasser setzte und die Kom-  
munikation vollständig unterbrach. Selbst die Wagen konnten  
verschiedene Straßen nicht passiren, weil die Brückenbohlen  
vom Wasser fortgerissen waren. Die Droschken und andere  
Wagen mußten im Wasser halten, bis es sich verlaufen hatte.  
In vielen Kellerwohnungen hat das durch Thüren und Fenster ein-  
gedrungene Wasser großen Schaden angerichtet, namentlich ist es  
einigen Delikatessenkellern sehr übel ergangen. An der Linden-  
und Hollmannsstraße zerstörte das Wasser die Fenster des  
Victoria-Kellers und ergoß sich alsdann mit Ungestüm in denselben.  
Der Verlust, den der Besitzer an Speisen und Getränken erlitt, ist  
bedeutend; außerdem konnte er auch für den ganzen Tag keine  
Gäste aufnehmen, da er vollauf zu thun hatte, das Wasser aus  
dem Keller zu entfernen. Die Feuerwehrt erschien überall sofort da,  
wohin sie durch den Telegraphen gerufen wurde, und suchte die un-  
terbrochene Kommunikation wieder herzustellen. Eine solche Was-  
sermasse haben wir in unseren Straßen noch nicht gesehen. — Das  
jüngst stattgefundene Pistolenduell ist noch immer Tagesgespräch;  
man ist gespannt, was aus den beiden Duellanten werden wird,  
da man weiß, daß sich der Generalfeldmarschall v. Wrangel und  
mehrere Militärs, sowie der Justizminister v. Bernuth und der  
Generalauditeur Fleck mit dieser Frage beschäftigen. Wie ich heute  
wiederholt gehört, hat sich die Schußwunde des Stadtgerichtsraths  
Zwesten so verschlimmert, daß zu einer Amputation der Hand ge-  
schritten werden mußte. Morgen denke ich Genaueres darüber mit-  
theilen zu können. Herr v. Manteuffel hat übrigens von Glück zu  
sagen, daß er mit heiler Haut davon gekommen ist; denn die Kugel  
seines Gegners ist ihm durch die Wülze gegangen.

[Konventionen mit Preußen.] Die „BZ.“  
schreibt: Wenn wir recht unterrichtet sind, so ist Seitens einzelner  
Bundesregierungen, im Angesicht der dringenden Gefahren des  
Augenblicks einerseits und der Gewißheit andererseits, daß der  
Bund, wie er einmal ist, einen ausgiebigen Schutz dagegen nicht  
zu bieten im Stande sei, der preussischen Regierung die unumwun-  
dene Erklärung übermacht worden, daß man bereit sei, in besonde-  
ren Konventionen zu Gunsten Preußens, als der Macht, von wel-  
cher allein ein solcher Schutz zu erwarten, sich derjenigen Attribute  
der Souveränität zu entäußern, deren Konzentration in einer ein-  
zigen Hand zum Wohle des Ganzen als unerlässlich erscheine. Es  
ist dabei zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Preußen sich  
durch Bedenken, welche dem Buchstaben des Bundesrechts ent-  
nommen sein möchten, nicht abhalten lassen werde, seine providen-  
tielle Mission in Deutschland zu erfüllen.

[Verfahren gegen landesverwiesene Aus-  
länder.] Der Minister des Innern hat unterm 9. März d. J.  
ein die Kompetenz zur Ertheilung der Erlaubnis an die des Landes  
verwiesenen Ausländer zur Rückkehr in die preussischen Staaten be-  
treffende Zirkular an sämtliche l. Regierungen und an das l. Po-  
lizeipräsidium zu Berlin erlassen. Dasselbe verfügt: „Es muß  
unterschieden werden, ob der landesverwiesene Ausländer, welcher  
um die Bewilligung der Rückkehr bittet, durch richterliches Erkennt-  
niß oder durch polizeiliche Anordnung ausgewiesen worden war.  
Während bei einer entgegenstehenden gerichtlichen Beurtheilung  
die fragliche Erlaubnis nur im Wege der Begnadigung wird er-  
theilt werden können, sind in dem Falle, wenn polizeilich aus dem  
Lande verwiesene Ausländer die Erlaubnis zur Rückkehr in den  
preussischen Staat nachsuchen, die Landes-Polizeibehörden, welchen  
nach den bestehenden Vorschriften die gesammte Sicherheits- und  
Ordnungspolizei und insbesondere auch die Ertheilung von Ein-  
und Ausgangspässen zusteht, unbedenklich zur Ertheilung dieser  
Erlaubnis kompetent, und zwar im speziellen Falle diejenige Re-  
gierung, in deren Bezirk der Ausländer zurückzukehren wünscht.  
Die l. Regierung wird veranlaßt, demgemäß in künftigen Fällen  
zu verfahren, auch event. die untergeordneten Behörden darnach  
mit Anweisung zu versehen.“

[Die Referenten der Handelsgesetzbuch-  
kommission.] Bekanntlich hat der handelspolitische Ausschuss in  
Frankfurt a. M. auch den Antrag gestellt, die Bundesversammlung  
wolle den Referenten der Nürnberger Handelsgesetzbuchkommission  
ihre besondere Anerkennung für die Gewissenhaftigkeit, Umsicht  
und Sachkenntnis zu erkennen geben, mit welcher dieselben sich  
ihrer schwierigen Aufgabe entledigt. Die Namen dieser Referenten  
sind nach der „R. Z.“ folgende: Für die ersten vier Bücher:  
der preussische Geh. Rath Dr. Bischoff, dann nach dessen Ableben  
der ersten und zweiten Lesung erfolgtem Ableben: der preussische  
Geh. Rath Dr. Heimsoeth. Für das Seerecht: Anfangs derselbe  
Dr. Heimsoeth, dann der preussische Tribunalsrath Pape. Für die  
Kontroversen zur Wechselordnung endlich und für die Vollziehbar-  
keit rechtskräftiger Urtheile: der sächsische Appellationsgerichtsrath  
Dr. Tauchnitz.

\* [Die preussische Renten-Versicherungsgesellschaft] hat  
ihren Jahresbericht pro 1860 veröffentlicht, der ein anschauliches Bild giebt

von dem, was die Anstalt leistet. Die Steigerung der Renten für die Mitglie-  
der war allerdings nicht so erheblich, als die Ungeduld Einzelner wünschen mag.  
Aber es werden doch bereits ganz ansehnliche Renten gezahlt. Für das Jahr  
1861 beziehen 9315 Einlagen (zu 100 Thlr.) mehr als 6%, davon 1221 mehr  
als 10%, und unter diesen 39: 23 Thlr. 26 Sgr., 148: 23 Thlr. 25 Sgr.,  
145: 23 Thlr. 1 Sgr. Jahresrente. Diesen Vorzug genießen zwar nur die äl-  
teren Mitglieder, die in den Jahren 1839—1844 beigetreten sind; wenn man  
aber erwägt, daß sie schon seit einer Reihe von Jahren ebenfalls ganz gute  
Renten bezogen haben, so können sie mit dem Resultat wohl zufrieden sein.  
Für die überlebenden Mitglieder werden die Ausflüchten allmählig immer gün-  
stiger. Es besitzt z. B. die Jahresgesellschaft von 1839 jetzt ein Kapitalvermö-  
gen von 1,403,005 Thlr. Daran partizipiren zwar 20,773 Thlr. Einlagen;  
aber von diesen sind bis jetzt nur 8438 vollständig eingezahlt (100 Thlr.), 12,335  
noch unvollständig. Durch Nachtragszahlungen und Gutsdreibung der Ren-  
ten für die unvollständigen Einlagen wird das Kapital sich noch erheblich ver-  
größern. So wurden im vorigen Jahre 282 Einlagen ergänzt und mit den  
übrigen Gutsdreibungen stieg das Vermögen dieser Jahresgesellschaft, nach Ab-  
zug aller Unkosten, um 25,568 Thlr. Wird das Gesamtkapital nur mit  
4% verzinst, so ergibt sich, daß in dieser Jahresgesellschaft mindestens 788  
Einlagen zur höchsten Rente von 150 Thlr., zur Rente von 50 Thlr. aber  
2264 Einlagen gelangen müssen. Freilich werden dies nur diejenigen sein, deren  
Inhaber das höchste Lebensalter erreichen; aber auch wer nicht so glücklich ist,  
die Mehrzahl seiner Altersgenossen zu überleben und nur zu 25 Thlr. Jahres-  
renten von einer Einlage von 100 Thlr. gelangt, kann damit wohl zufrieden  
sein. Der Zweck der Anstalt geht doch nur dahin, für das höhere Alter zu sor-  
gen, und da die Anstalt nicht jährliche Beiträge erfordert wie die Lebensver-  
sicherungen, sondern nur eine einmalige Einlage, die man nach Belieben ver-  
größern kann, so empfiehlt die Anstalt sich für viele Lebensverhältnisse. Es be-  
steht in manchen Familien die lobenswerthe Sitte, für jedes Kind ein oder meh-  
rere unvollständige Einlagen zu 10 Thlr. als Tauf- oder Pathengeld zu  
machen. Diese verzinst die Anstalt und schreibt die Zinsen den Einlagen zu, die  
sich dadurch in den ersten 40 Jahren langsam, später aber in rasch steigendem  
Maße vermehren und durch Zahlung leicht erquaten werden können, wenn der  
Inhaber wünscht, daß die Rente fortan an ihn gezahlt werde. Der Bericht  
zeigt, daß Einlagen von 10 Thlr., die im Jahre 1839 gemacht wurden, durch  
bloße Gutsdreibung der Rentenanteile in der 2. Altersklasse auf 21 Thlr., in  
der 4. Altersklasse auf nahe 29 Thlr., Einlagen von 30 Thlr. auf 65—88 Thlr.  
gestiegen sind. Da die Renten jetzt schneller wachsen, so werden die älteren  
Einlagen in nicht zu fernem Jahre auch ohne Zahlung vollständig und treten  
die Inhaber dann von selbst in den Genuß der Renten.

**Oesterreich.** Wien, 29. Mai. [Zur ungarischen  
Frage.] Es ist dem Ausländer mehr als schwer, sich in dem Ge-  
winde der jetzt zu Tage tretenden staatsrechtlichen Deduktionen zu-  
recht zu finden. In Kürze gefaßt dürfte Folgendes zur Orienti-  
rung dienen. Es mag zugegeben werden, daß die Ungarn die Per-  
sonalunion vor 1849 in abstracto und de jure, somit in thesi  
besaßen. Aber die Thesi blieb unausgeführt, die Personalunion  
war ungeachtet aller landtäglichen Artikulationen und Gravamina  
doch nur ein Buchstabe zum allergrößten Theile, denn Ungarn  
wurde, was höhere Finanz- und Handelspolitik, Kriegswesen und  
Führung der auswärtigen Angelegenheiten anbelangt, immer doch  
von Wien aus regiert. Das wesentlichste Recht, welches der Land-  
tag übte, war das Rekrutenbewilligungsrecht, aber es war durch die  
freie Werbung, die den Fahnen der ungarischen Regimenter stets  
ein zahlreiches Kontingent zuführte und die zu veranlassen von der  
Regierung abhing, bedeutend paralytirt. Bezüglich des Steuer-  
ausmaßes bewilligte der Landtag nur die sogenannte contributio  
militaris im Betrag von beiläufig vier Millionen Gulden und  
Nichts von dem Ertragnisse der Regalien und des Dreißigst. Durch  
die Gesetze des Jahres 1848 wäre nun allerdings eine gänzliche  
Umkehr der thätlich vorhanden gewesenen Realunion erfolgt.  
Aber zu Debrezin im April 1849 wurde der diesfällige Pakt ein-  
seitig gebrochen und wie die „Donauzeitung“ vor Kurzem gegen  
den „Wanderer“ ausführt, trat nunmehr nicht das Eroberungsrecht,  
sondern das Recht des Gesamtstaates in Kraft. Die Idee des  
europäisch anerkannten Gesamtstaates ist es, welche die Ungarn  
staatsrechtlich entkräften müßten, wenn sie ihren Prozeß vor dem  
Forum Europa's gewinnen wollen.

[Tagesnotizen.] Seit einigen Tagen ist in finanziellen  
Kreisen die Nachricht von einem neuen Staatsanlehen verbreitet.  
Wie die „Presse“ hört, soll das Finanzministerium mit einem Kon-  
sortium süddeutscher Bankhäuser über eine Silberanleihe im Be-  
trage von etwa 8 Millionen Gulden verhandeln, indessen werde ein  
Abschluß nicht erfolgen, bevor die Reichsvertretung dazu ihre Zu-  
stimmung gegeben hätte. — In der gestrigen Sitzung des kroati-  
schen Landtags sind die Deputirten der Militärgränze erschienen.  
Sie wurden vom Hause begrüßt und deren Eintheilung in die Sek-  
tionen beschloßen. Die beabsichtigte Beziehung der Grenzdeputir-  
ten ins Komité zur Ausarbeitung eines Entwurfs über die künf-  
tige konstitutionelle Einrichtung der Militärgränze wurde von Sei-  
ten des Banus mit Hinblick auf das königliche Reskript vom 9. Mai  
1861 verweigert. Deshalb findet eine vorläufige Besprechung in  
geheimer Sitzung statt. — Die Installation des von der hiesigen  
reformirten Gemeinde gewählten Presbyteriums fand am 26. d.  
nach beendigtem Gottesdienste durch den Superintendenten Franz  
statt. Von den gewählten 20 Kirchenältesten waren aber nur 13  
erfahren. Einer war bald nach der Wahl gestorben, und mehrere  
waren wegen Krankheit verhindert, in die Kirche zu kommen. Die  
hiesige reformirte Gemeinde ist wahrscheinlich die erste in den  
deutsch-slavischen Kronländern Oesterreichs, welche sich nach der jüngst  
erlassenen Kirchenverfassung konstituirte hat. — In Asolo und Um-  
gegend haben vor Kurzem mehrere Erdstöße stattgefunden, ohne  
jedoch Schaden anzurichten.

[Zur Steuerfrage in Ungarn.] Die „Pesti-Dnener  
Zeitung“ veröffentlicht folgende Erklärung: „Bezüglich der in Gran  
im Zuge befindlichen Steuererhebung sind mehrere gegen das Mi-  
litar, welches dort die Assistenten zu leisten hat, gerichtete Artikel in  
den Zeitungsblättern erschienen, aus welchen nicht nur die Tendenz  
ersichtlich ist, aufzureizen, sondern welche auch gänzlich entstellte  
Thatsachen und freche Lügen enthalten. Neuerdings hat „Pesti  
Naplo“ und das Abendblatt des „Pesther Lloyd“ in den Nummern  
118 einen solchen von Unwahrheit strotzenden Artikel gebracht, aus

welchem bloß hervorgehoben wird, daß der Infanterie, welche allein die Militärassistenten in Gran ausmacht, „Sporenstiefel“ und „Pferdegeschirre“ angehängt werden, um die verleumderische Anzeige recht böswillig illustriren zu können. Die Militärbehörde hat demnach die geeignete Verfügung getroffen, daß diese Verleumdung der Militär-Individuen bei dem kompetenten Gericht einer strengen Untersuchung und der Verleumder der gesetzlichen Strafe unterzogen werde.

[Rumänenversammlung.] Neuesten Nachrichten aus Hermannstadt zufolge fand zu Blasendorf eine von Tausenden besuchte Rumänenversammlung statt, nach Art jenes Meetings, welches ebendasselbst im Jahre 1848 veranstaltet wurde und dessen Folgen später gewaltig hervortraten. Die Versammlung, die ohne Vorwissen der Behörden unter dem Vorwande eines Waisfestes zusammentrat, erklärte sich allerdings nicht für die Beschickung des Reichsrathes, aber mit scharfer Bestimmtheit gegen die Union Stebenbürgens mit Ungarn, für einen selbständigen siebenbürgischen Landtag und gegen die streckenweise, nimmehr auch in jenem Lande improvisirte Nichtbezahlung der Steuern. Diese Beschlüsse sind von hoher Wichtigkeit; sie bezeichnen die eventuelle Haltung eines ansehnlichen Volksstammes. Die rumänischen Notabilitäten waren sämmtlich bei dem Meeting zugegen.

Triest, 26. Mai. [Eine mysteriöse Geschichte.] Vor etwa zwölf Tagen, schreibt man der „Presse“ von hier, lief eine gewöhnliche Fischerbarke, von der italienischen Küste kommend, in den Kriegshafen von Lissa ein; an Bord derselben befanden sich acht Personen in militärischer Kleidung, die, wie es sich zeigte, Neapolitaner waren. Der Festungskommandant von Lissa, Linienschiffskapitän v. Schmidt, befragte den Offizier, der sich durch ein vornehmes Wesen und seine reiche Kleidung unterscheidet, nach seinem Namen und nach seiner Herkunft. Dieser erklärte jedoch, er müsse Beides verschweigen und werde seinen Namen nur — dem Kaiser von Oesterreich entdecken. Dem Festungskommandanten blieb nichts übrig, als diese kleine Schaar mit dem Kriegsdampfer „Lucia“ nach Zara zu schicken. Hier machte der fremde Offizier dem Gouverneur von Dalmatien dieselbe Erklärung, und wurde nun, wahrscheinlich in Folge telegraphischer Anfrage, in Begleitung eines Rittmeisters der k. k. Gendarmen mit dem Lloyd-Dampfer nach Triest geschickt und sammt seinen Gefährten vorgestern per Eisenbahn nach Wien befördert. In die Liste der Passagiere auf dem Dampfer schrieb sich derselbe ein als: „L. Venezian, Offizier der Ehrengarde.“ Man vermuthet jedoch in dem Reisenden eine höhergestellte Persönlichkeit. Hier trug derselbe bürgerliche Kleider und eine rolhe goldverbrämte Militärkappe.

Bremen, 28. Mai. [Senator Olbers; Anträge in Betreff einer Zentralgewalt und Küstenverteidigung.] Vorgestern starb der Senator Dr. Olbers in einem Alter von 71 Jahren. — Für die nächste Sitzung der Bürgerchaft sind von 26 resp. 21 Mitgliedern folgende Anträge angezeigt:

1) Angesichts der ersten politischen Verwickelungen Europas und des in Deutschland wachsenden Erkenntnis, daß die gegenwärtigen Bundesverhältnisse dem berechtigten Streben des deutschen Volks nach nationaler Macht und Ehre seiner Interessen nicht genügen, läßt sich die Bürgerchaft anregen, auch ihrerseits der allgemeinen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß eine feste Einigkeit und einheitliche Leitung der Angelegenheiten Deutschlands zu seiner Sicherheit, sowie zur Behauptung seines Rechts und Ansehens dem Auslande gegenüber ein Gebot der Nothwendigkeit ist, und daß nicht minder zum Schutze der Freiheit, sowie zur Begründung gemeinsamer Institutionen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Volkswirtschaft eine allgemeine Vertretung der deutschen Nation unentbehrlich erscheint. In dem die Bürgerchaft zugleich die Ansicht ausspricht, daß die Unabhängigkeit und freie Selbstregierung der einzelnen Staaten, auf welche besonders Bremens glückliches Gemeinwesen hohen Werth zu legen befaßt ist, mit der engen Vereinigung des deutschen Vaterlandes zum Bundesstaate wohl vereinbarlich ist, die in Beziehung auf die unbeschränkte Selbstständigkeit zu bringenden Opfer durch den hohen Gewinn des großen Vaterlandes an Macht und Wohlfahrt reichlich aufgewogen werden, fordert sie den Senat, mit dem sie sich, wie in allen allgemeinen deutschen Fragen, so auch in dieser eines Sinnes weiß, auf, unablässig mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die neue Organisation der deutschen Bundesverhältnisse mit einer Zentralgewalt und allgemeiner Volksvertretung zu wirken. 2) Die Bürgerchaft spricht ihre Ansicht aus, daß so lange die gegenwärtige Zerplitterung Deutschlands die Neubegründung einer zum Schutze der maritimen Interessen unseres Vaterlandes genügenden Kriegesflotte verhindert, vorläufig wenigstens die Einrichtungen und Vorkehrungen nicht verabsäumt werden dürfen, welche zur Sicherung der Küsten und des Seeverkehrs schon jetzt ausführbar und nothwendig erscheinen, daß daher in dieser Beziehung als geeignetes Mittel zur Abwehr der dem Handel und der Schifffahrt zunächst drohenden Gefahren der Bau von Dampf-Kanonbooten dringend zu wünschen und auch mit einem im Verhältnisse zu den gefährdeten Interessen nicht bedeutenden Kostenaufwande in kurzer Zeit ausführbar ist. Im Hinblick darauf fordert die Bürgerchaft den Senat auf, unverzüglich und energisch die erforderlichen Einleitungen zu treffen, um in Verbindung mit den zunächst beteiligten deutschen Regierungen auf geeignetem Wege dem gegenwärtigen Zustande der Wehrlosigkeit Deutschlands zur See ein Ende zu machen. Sie erludt den Senat um eine baldige Mittheilung über den Erfolg der in dieser Angelegenheit zu treffenden Einleitungen und nöthigenfalls um eine entsprechende Vorlage zum Zweck der verfassungsmäßigen Zustimmung und Bewilligung der erforderlichen Geldmittel.

[Die hiesige freie Gemeinde] hat sich, wie die „W. Z.“ mittheilt, wegen mangelnder Theilnahme aufgelöst.

[Die Bremer Bank] hat am 28. d. den Diskonto von 4% auf 3½% herabgesetzt.

Rassau, Wiesbaden, 29. Mai. [Vom Landtage.] In der Zweiten Kammer wurde der Antrag des Ausschusses, das Bundespressgesetz und die Vollzugsverordnung außer Wirksamkeit zu setzen, mit 15 gegen 7 Stimmen verworfen, ein weiterer Ausschubantrag aber, die Vollzugsverordnung den Kammern zur nachträglichen Zustimmung vorzulegen, einstimmig angenommen.

### Großbritannien und Irland.

London, 28. Mai. [Tagesnotizen.] Die königliche Familie beabsichtigt, am 31. d. nach der Hauptstadt zu kommen und bis Mitte oder Ende Juli hier zu verbleiben. Der Bräutigam der Prinzessin Alice, Prinz Ludwig von Hessen, ist an den Matern erkrankt, befindet sich aber schon auf dem Wege zur Genesung. Der Prinz Viktor von Hohenlohe, der sich mit seiner Gemahlin in Deutschland befindet, wird nicht vor Ende der Saison nach England zurückkehren. — In Liverpool sollte der Geistliche Wilson, einer der Mitarbeiter an den „Essays and Reviews“, bei der Einweihung einer neuen Orgel in der St. Cyprian's Kirche eine Predigt halten, aber kurz vor der Feierlichkeit trat der Bischof von Chester, in dessen Sprengel die Kirche liegt, mit einem Verbot dazwischen. Der Vorfall macht Aufsehen. — Am Sonntag starb hier Admiral Moorsom, Direktor der London and North-Western-Eisenbahn. Uebrigens seines Todes war eine Operation, welche, durch die Folgen einer Wunde, die der Admiral bei der Belagerung von Kopenhagen er-

halten hatte, nöthig geworden war. — Die Londoner Beiträge für die Nothleidenden in Indien hatten bis vorgestern die Höhe von 971,000 Pfd. St. erreicht. Gestern wurden abermals 5000 Pfd. St. nach Indien versandt.

[Das Blaubuch über Schleswig-Holstein] wird, wie von der „Times“, so von der „Post“ im dänischen Sinne ausgebeutet. Das letztgenannte Blatt schreibt darüber im Wesentlichen: Wäre es noch nöthig, einen Beweis für die Schwere der deutschen Bundesverhältnisse in Frankfurt zu liefern, so fände man ihn in diesem Blaubuche. Nachdem der Bund volle 13 Jahre und darüber über die schleswig-holsteinische Angelegenheit gebrütet hat, steht sie heute genau auf demselben Standpunkte wie vor zehn Jahren. Die 154 Depeschen, die zwischen Februar 1850 und März 1861 ausgetauscht worden sind, haben die Sache nicht im Geringsten gefördert. Eines nur ist klar geworden: daß trotz der Vieldeutigkeit preussischer Staatssekretäre und Vollmächtigter der Bund nur leere Drohungen in Bereitschaft hat. Mit großem Pomp war Mitte März bereits eine Bundesresolution angekündigt worden; wir stehen heute nahe am Ende des Mai's, und noch ist kein Preuss, Hesse oder Oldenburger über die dänische Grenze marschirt. Wir verdanken dieses angenehme Resultat am allerwenigsten den Staatsmännern und Diplomaten Preußens. Diese hatten im Gegentheil vor 4 Monaten viel zu kriegerisch für den Geschmack Europa's gethan, und die Folge davon war, daß die Sympathien Englands, Frankreichs, Rußlands, Schwedens und Hollands sich mehr den Dänen zuwandten. Auch das vorliegende Blaubuch kommt den Dänen bei Weitem besser als ihren teutonischen Brüdern zu Gute; es hinterläßt den Eindruck, daß Dänemark, dem Kaiser Lord Sohn Russells folgend, das System der Verjöhnung bis zum Aeußersten verjocht hat. (?) Wenn es gleichzeitig rüstete, um einem Angriff begegnen zu können, so wird es dieser Vorsicht wegen gewiß von Niemandem getadelt werden können.

[Parlament.] Auf der Tagesordnung der gestrigen Oberhaus-Sitzung stand eine Bill, welche sich auf die Verwaltung des Gebietes von Sierra Leone in Westafrika bezieht. Lord Brougham benutzte diese Gelegenheit zu einigen Bemerkungen über den Spannenhandel und über die Einverleibung San Domingos. Das Benehmen Spaniens in Bezug auf den Menschenhandel bezeichnete er als ein schändliches. Im Widerspruche mit den eingegangenen Verträgen und trotz der gezahlten Entschädigungsumme sei die Zahl der auf spanisches Gebiet eingeführten Sklaven im Jahre 1857—58 von 12,000 auf 16,000 gestiegen und habe im folgenden Jahre bereits die Höhe von 30,000 Seelen erreicht. Nun habe das westindische Gebiet Spaniens einen Zuwachs erhalten, und er sei keineswegs durch die ihm neulich im Hause ertheilte Versicherung, daß die Sklaverei nicht auf San Domingo ausgedehnt werden solle, beruhigt worden. Seit er neulich diesen Gegenstand im Hause berührt habe, sei ihm das spanische Einverleibungsdekret zu Gesicht gekommen, in welchem es heiße, „es sei unmöglich, die Bitten einer ganzen Nation zurückzuweisen, welche um Wiederaufnahme in den Schooß des Mutterlandes flehe“. So spreche die spanische Regierung. Wie aber spreche die Regierung von Haiti durch den Mund des Generals Espartero? Der General nenne jene Behauptung geradezu eine Lüge. Er stelle in Abrede, daß das Volk irgendwie darnun stehe, in den Schooß des Mutterlandes aufgenommen zu werden, und füge hinzu, es sei bei den obwaltenden Umständen schlechterdings unmöglich, daß sich der freie Wille des Volkes kundgebe, indem General Santana eine Schreckensherrschafft in San Domingo ausübe. Das Einverleibungsdekret (es sind dies nicht mehr die Worte Esparteros, sondern Broughams) sage, die in den anderen Kolonien als unermessliches Uebel bestehende Sklaverei sei in San Domingo zur Behebung des fruchtbarsten Landes nicht nöthig. Die Mittel, deren sich Spanien bedient habe, um das neu erworbene Gebiet zu regieren, seien nicht der Art, daß sie seinen Argwohn in Bezug auf die beabsichtigte Einführung der Sklaverei verschwinden könnten. Denn wenn sei die Ausführung des Einverleibungsdekrets anvertraut? Dem Generalkapitän von Kuba, gegen den man, wo es sich um Sklaverei handle, unter allen Menschen auf der ganzen Welt das größte Mißtrauen hegen müsse. Das Benehmen der spanischen Regierung erzeuge in ihm das größte Entsetzen, und wenn er bedachte, wie sie es auf Kuba getrieben habe, so zweifle er gar nicht daran, daß sie bei der ersten günstigen Gelegenheit die Sklaverei auch auf San Domingo einführen werde. Kuba sei seit vielen Jahren der Zufluchtsort aller heruntergekommenen spanischen Edelleute, die am Hofe von Madrid den ersten Rang eingenommen hätten, und wenn sie von Armut und Schulden bedrängt seien, nach Kuba gingen, um dort ihren zerrütteten Vermögensverhältnissen durch den Sklavenhandel wieder aufzuhelfen und nach ein paar Jahren mit Beute beladen in ihre Heimath zurückzukehren.

### Frankreich.

Paris, 28. Mai. [Reisen des Kaisers; Veränderungen im Ministerium; die Reform des Pressgesetzes; der gesetzgebende Körper; Prinz Napoleon; Konzeptionsentziehung; die Freimaurerangelegenheit.] Der Kaiser ist heute nach Havre gereist, um den Bau der Befestigungen dort und der Küste entlang zu besichtigen. Man glaubt annehmen zu können, daß indessen auch Gründe der höhern Politik dieser Reise nicht ganz fremd seien und meint in dem Hervorheben der Befestigungen an den Küsten des Kanals gewissermaßen eine Rede für den Eigensinn John Bulls zu sehen, der nun einmal darauf bestand, in den syrischen Gewässern eine doppelt so starke Anzahl von Linienschiffen zu haben, als Frankreich. Diese Drohung wird ihren Zweck nicht verfehlen, und die „Partei der Furcht“, wie die „Patrie“ mit Ausnahme Derjenigen, welche blindes Vertrauen zu dem Kaiser haben, wie Gobden, Bright u. a. m., ganz England zu nennen beliebt, die Partei der Furcht wird einen lauten Schrei ausstoßen. In der Begleitung Napoleons befinden sich der General Leboens und der General Frossard, ersterer von der Artillerie, letzterer vom Geniewesen. Zugleich wird auch der Kaiser an Ort und Stelle einen Streit zwischen der Stadt Havre und dem Geniewesen entscheiden. Wie dies in der Regel in besetzten Hafenstädten der Fall ist, so glaubt die Municipalität von Havre durch die Ausdehnung der Fortifikationen und namentlich durch die Zitadelle in ihren Interessen verletzt zu sein, und hat die Zerstörung der letzteren beantragt. Es ist indessen fraglich, ob der Kaiser diesen Wunsch erfüllen wird, den die Generale lebhaft angreifen. Ferner handelt es sich um eine Eindämmung des untern Laufes der Seine. Diese Eindämmung bildet seit längerer Zeit einen Gegenstand des Streites zwischen den beiden Städten Havre und Rouen. Einer von letzterer Stadt geschickten Deputation hatte der Kaiser versprochen, die Frage selbst zu entscheiden. In Folge dessen begab er sich heute zuerst nach Rouen, in Begleitung des Handelsministers, einiger Ingenieure und der oben genannten militärischen Persönlichkeiten. In Rouen wird er das Avisoschiff „l'Elclair“ besteigen, und sich auf diese Weise von den Hindernissen im Laufe der Seine überzeugen. Die Rückkehr ist auf heute Abend festgesetzt. — Am 30. d. M. verläßt der Kaiser Paris auf längere Zeit. Wie die Abendblätter versichern, geht er nach Fontainebleau, doch höre ich in einzelnen den Tuilerien nahestehenden Zirkeln, daß vielmehr ein längerer Aufenthalt in Vichy beabsichtigt werde, da der Kaiser den dortigen Brunnen gebrauchen wolle. Auf dieser

Reise wird ihn von den Ministern nur Graf Walewski begleiten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß noch vor dem Schluß der Session des gesetzgebenden Körpers einige Veränderungen in den höchsten Staatsämtern eintreten. Als sehr wahrscheinlich nennt man mit den Rücktritt Baroche's von dem Präsidium des Staatsrathes. Bekanntlich war Baroche's Sohn auf unangenehme Weise in den Mißthatsachen mitverwickelt, und schon damals wünschte sein Vater, den Staatsdienst zu verlassen. Indessen wurde die Gelegenheit redressirt, und der junge Baroche mit einer zeitweiligen Mission nach Nordamerika beauftragt; das Gefühl der Kränkung ist jedoch zu lebhaft für den Präsidenten gewesen, und die Erinnerung zu bitter, so daß er von Neuem den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, sich in das Privatleben zurückziehen zu wollen. Sein Nachfolger dürfte der jetzige Handelsminister Rouher sein. Auch von Persigny sagt man, daß er vom Ministerium des Innern zurücktreten werde. Seine Gesundheit ist sehr gerrüttet, und von Zeit zu Zeit stellen sich Anfälle von Tiefsinn ein, welche den sonst klaren und scharfen Verstand desselben verdunkeln. Wahrscheinlich dürfte er indessen das im Uebrigen keineswegs zweifelhafte Schicksal seiner Prekursor abwarten. Der dahin bezügliche Gesetzesvorschlag ist dem Corps legislatif zugegangen und wird am 3. Juni verhandelt werden. Die Veränderungen des Dekrets über die Presse vom 17. Februar 1852 betreffen vorzüglich die Aufhebung der Bestimmungen, daß die Zeitungen nicht wegen Vergehen, sondern nur wegen Verbrechen gerichtlich unterdrückt werden können, daß die Regierung nicht mehr nach einer Verurtheilung eine Zeitschrift suspendiren oder unterdrücken kann, und, die wesentlichste Neuerung, daß Avertissements innerhalb zwei Jahren verfahren.

Im Widerspruch mit dem, was ich Ihnen mitgetheilt, erfahre ich, daß die Sitzung des gesetzgebenden Körpers bis zum 14. Juni nicht bis zum 2. Juli ausgedehnt werden wird. Indessen ist offiziell noch nichts bekannt. Andererseits hegt man die Ueberzeugung, daß eine Auflösung wirklich erfolgen werde, und ich vernehme, daß man in Paris wie in den Provinzen sich bereits mit der Bildung von Wahlkomittees beschäftigt. Hier ist außerdem ein Zentralkomitee der demokratischen Partei zusammengetreten, an dessen Spitze Carnot und Favre stehen. Indessen ist diese Hoffnung etwas heruntergedrückt worden durch einen Aufsatz, welcher heute im „Constitutionnel“ erschienen ist. In demselben sagt Bérone, früherer Redakteur dieses Blattes, auseinander, daß eine Neuwahl nicht rathsam sei, da man dadurch der französischen Ungebildtheit Thür und Thor öffnen und die Entwicklung der Geleze gefährden würde. Der „Constitutionnel“ klatscht offiziöser Weise diesem Artikel mit beiden Händen Beifall. Indessen werden seiner Aufforderung, daß auch andere bedeutende Mitglieder der Presse diesem Beispiel folgen und sich über die Möglichkeit der Auflösung aussprechen möchten, nur wenig Anklang finden, da die Nation einstimmig in dem Wunsche nach einer neuen Landesvertretung ist. — Der Prinz Napoleon wird in den letzten Tagen der nächsten Woche sich nach Marseille begeben, um von dort aus seine Reise nach Spanien und Portugal anzutreten. Wie man mir sagt, wird ihn die Prinzessin Clotilde, seine Gemahlin, begleiten. Im Herbst beabsichtigt er eine Reise nach Amerika anzutreten. — Heute hat die Regierung einen Beweis großer Ungeschicklichkeit gegeben, und man wundert sich in der That, wie Persigny sich zu einem Schritt hat entschließen können, der im direktesten Gegensatz zu seinen liberalen Versicherungen steht und allgemein lebhaft getadelt wird. Es sind nämlich dem Verleger und Drucker der Broschüre des Herzogs von Anumale, Duminey und Beau, die Konzeptionen entzogen worden. Für letzteren ist der Verlust nicht bedeutend, da er von den Orleans entschädigt worden ist. Das Lokal des Ersteren ist bereits geschlossen. — Die vielbesprochene Meisterwahl der Freimaurerlogen ist vorläufig beseitigt. Einzelnen Blättern zufolge hat der Prinz Napoleon seine Entlassung als Großmeister eingereicht. Ich glaube diese Angabe als unrichtig bezeichnen zu können, da seine Wahl noch nicht gültig war. Dagegen hat der Kaiser allerdings sich entschieden gegen ihn ausgesprochen und in einem Briefe an Murat erklärt, daß er durchaus seine Wiederwahl wünsche, und es ist zu erwarten, daß die Freimaurer im Oktober diesen kaiserlichen Wunsch berücksichtigen werden. Zu guter Letzt ein wichtiges Wort des Prinzen Murat. Als der Marschall Magnan zu ihm kam, um über das Duell mit dem Prinzen Jerome Napoleon Rücksprache zu nehmen, fragte Murat nach dem Namen des zweiten Sekundanten. Magnan nannte Persigny. Welche unerwartete Ehre für mich, entgegnete Murat, daß der Prinz Napoleon den Minister des Innern gewählt hat; ich glaube, er würde mir den Polzeipräsidenten schicken.

Paris, 28. Mai. [Tagesnotizen.] Bon Perpignan schreibt man, daß in diesem Augenblick die Rede davon ist, ein Lager von 4—5000 Mann zwischen Argelés und Elne zu errichten, um die Arbeiten an der Eisenbahn von Port-Vendres zu beginnen. Die Regierung hat den Bau dieser Linie übernommen und läßt die Arbeiten durch Soldaten ausführen, da sie dieselben thätig betreiben und doch dem Ackerbau die ihm so nöthigen Arme nicht entziehen will. — Der bekanntlich landesverwiesene Redakteur des „Courrier du Dimanche“, Ganeseo, hat dem „Memorial von Amiens“ zufolge, die Erlaubnis erhalten, nach Paris zurückzukehren. — Das Expeditionskorps in Syrien muß bereits am 30. d. in Beyrut vollständig gesammelt sein, um am 3. und 4. Juni eingeschifft werden und nach Toulon abfahren zu können. Der Vizeadmiral Le Barbier de Tinan bleibt mit sieben Schrauben-Linienschiffen, einer Dampfesfregatte, drei Dampfeskorvetten und einem Aviso vor Beyrut. Er wird längs der syrischen Küste kreuzen und über die Sicherheit der Christen wachen. Das Dampf-Linienschiff „Napoleon“ wird in den ersten Tagen des Juni von Cherbourg abgehen, um sich gleichfalls zu der Flotte Le Barbiers zu begeben; ebenso in der letzten Hälfte des Juni der „Massena“. — Die Nachricht von der Einnahme von Myho in Koshichina soll dahin zu berichtigen sein, daß die Zitadelle noch nicht in Besitz des französisch-spanischen Expeditionskorps ist. Der Angriff gegen dieselbe sollte erst am 16. April stattfinden. — Man spricht von einem legitimen Komplotte gegen das Leben des Kaisers, dem man in Neapel auf die Spur gekommen sein will. (?) — Henry Baudrillart, der bekannte nationalökonomische Publizist, veröffentlicht in den „Débats“ einen Artikel über die Zweckmäßigkeit und den Vortheil der größeren Verbreitung nationalökonomischer Kenntnisse in Frankreich. Am Schluß weist er auf die großen Fortschritte hin, welche das höhere Unterrichtswesen Englands und Deutschlands auf diesem Gebiet gemacht. Eine solche Lücke aus-

zufüllen und in dieser Beziehung das französische Unterrichtswesen mit den Bedürfnissen der modernen Zivilisation in Einklang zu bringen und auf den hohen Standpunkt des Unterrichts der beiden anderen vorgerücktesten Völker Europa's (des deux autres peuples les plus avancés de l'Europe) zu erheben, wäre ein ungemein ehrenvolles Unternehmen für die Regierung, die dasselbe ausführen und sich dadurch den Dank der einflussvollsten Freunde der Ordnung und des Fortschritts erwerben würde.

[Protestantische Regungen in Italien.] Korrespondenzen aus Italien melden, daß der Protestantismus daselbst bedeutende Fortschritte macht, und daß die Bibelgesellschaften dort eine große Thätigkeit entwickeln. Der Ursprung dieser Korrespondenzen hat jedoch etwas Verdächtiges, und schon seit einiger Zeit ist bemerkt worden, daß man von Turin aus den Papst und seinen Anhang mit protestantischen Invasionen bangen machen will, damit er der Protektion, welche Piemont dieser Bewegung allenfalls angedeihen lassen könnte, durch schnelle Annahme der bekannten Bedingungen ein Ende mache. Die Dispositionen in Rom sind aber gerade entgegengesetzter Art. Dort glaubt man im Gegentheil, daß protestantische Regungen in Italien der Sache des Papstes zu Hilfe kommen würden, da den Katholiken bei dieser Gelegenheit die Augen endlich aufgehen müßten. Ich glaube, daß man sich auf beiden Seiten täuscht. Beachtenswert in dieser Richtung ist die neue englische Gesellschaft The New Reformation, deren Programm in französischer Sprache so eben hier bei Dentu erschienen ist. Eine religiöse Föderation, mit welcher politische Allianzen Hand in Hand gehen, ist der Grundgedanke dieser Gesellschaft. Alexander Alison, der eben jene Broschüre unter dem Titel: „La nouvelle Réforme et ses principes“ herausgegeben hat, und der in der New Reformation präsidirt, hat nun auch das Projekt zur Errichtung einer italienischen Nationalkirche entworfen, dessen Grundzüge in Folgendem bestehen: Der König von Italien würde Chef der Kirche sein. Die weltlichen Interessen der Kirche fallen unter die Befugnisse des Parlamentes. Der König ernennet die Bischöfe und andere Großwürdenträger der Kirche, während das Volk den niederen Klerus wählet. Zwei Geistliche und zwölf Laien würden jedem Kirchenprengel beigegeben werden. Erstere hätten die geistlichen, letztere die weltlichen Interessen der Pfarre, wie Schulwesen, Kranken- und Armenversorgungen zu besorgen. Der Papst würde diesem Projekte nach nur als römischer Bischof existiren. Sollte er diese Reform nicht annehmen, so ersetzt man ihn einfach durch einen Erzbischof. (Pr. 3.)

[Aus dem gesetzgebenden Körper.] In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers kam der Gesetzentwurf bezüglich der Abgaben auf Getreide, Mehl u. s. w. zur Berathung. Oberst Régis, Justiz, Durand und Kolb-Bernard sprachen sich gegen und Baron David und Larrabure für den Gesetzentwurf aus. Oberst Régis macht darauf aufmerksam, daß durch die Annahme dieses Gesetzentwurfs ein großer Nachtheil für einzelne Departements erwachsen werde, in welchen die Unfruchtbarkeit des Bodens eine Konkurrenz nicht aushalten könne, und in denen die Beschaffenheit des Bodens eine andere Kultur als diejenige des Getreides nicht zulasse. Der Redner glaubt übrigens, daß eine allgemeine Vernachlässigung des Getreideanbaues in Frankreich die unausbleibliche Folge sein werde, und hebt hierbei besonders hervor, daß im Falle von schlechten Jahrgängen, denen sich auch noch eine Sperrung der französischen Häfen durch einen Krieg hinzugesellen könne, das Getreide in Frankreich einen fürchterlichen Grad erreichen würde. Der Redner ist zwar für eine Modifikation der échelle mobile, erklärt sich aber entschieden gegen eine gänzliche Aufhebung derselben. — Baron David entwickelt in längerer Rede das Fehlerhafte des seitherigen Getreidegesetzes und erklärt, daß nur aus der Abschaffung der échelle mobile für Frankreich ein erprießlicher Nutzen erwachsen könne. Herr Larrabure schließt sich ganz dieser Ansicht an und weist nach, wie wenig Frankreich eine Konkurrenz zu befürchten habe, und welchen großen Einfluß die Annahme des neuen Gesetzes nicht allein auf den Ackerbau, sondern auch auf Handel und Schifffahrt haben würde. Schließlich hält Herr Kolb-Bernard eine Rede zu Gunsten der seither bestehenden échelle mobile. Er bemüht sich besonders darzutun, wie in England trotz seiner Reformen die Getreidepreise im Durchschnitt eher höher als niedriger sind wie in Frankreich, das die échelle mobile beibehalten hat. Als Beweis giebt er eine vergleichende Uebersicht der Getreidepreise in England und Frankreich während der schlechten Jahrgänge.

**Italien.**

Turin, 26. Mai. [Theilnahme des Mailänder Klerus am Konstitutionsfeste.] In Mailand hat der hohe Klerus seine Theilnahme an der Feier des Konstitutionsfestes allgemein und mit dem größten Pomp zugesagt. Die Deputation des Kapitels, welche von Mgr. Caccia die Zurücknahme des Verbots der Bethheiligung erwirken sollte, fand den Prälaten nach verschiedenen vergeblichen Wanderungen in einer vier Stunden von Mailand entfernten Villa, die den charakteristischen Namen Paradiso trägt, sie konnte aber von Monsignore nichts erlangen. Mit dieser abschlägigen Antwort kam sie nach der Stadt zurück, wo sogleich das Kapitel mit Zuziehung der angesehensten Pfarren zusammentrat. Die Versammlung sah das Provikariat als erledigt an, weil Mgr. Pontizgia der ihm aufgetragenen Stellvertretung entsagte. Alle Beamten der erzbischöflichen Kurie wurden in Folge dessen suspendirt und das Kapitel übernahm in corpore die Verwaltung der Diöcese. Sein erster Akt bestand darin, die Bethheiligung des Klerus in der oben angegebenen Art zu dekretiren. Außer Monsignore Caccia entfernten sich aus Mailand vier andere Chorherren und ein Pfarre, die bei der Bevölkerung für österreichisch gesinnt gelten. Nachrichten aus Rom, welche von geheimen, gegen die bestehende Ordnung gerichteten Zirkularen der päpstlichen Regierung an die italienischen Bischöfe sprechen, bekräftigen die Meinung, daß in den Unordnungen der lombardischen Hauptstadt die Hand der klerikal-österreichischen Fraktion zu suchen ist. (N. 3.)

[Unterhandlungen mit Frankreich; der Klerus; Unternehmung; Strife; Marquis Pepoli.] In den Unterhandlungen mit Frankreich werden jetzt, wie man vernimmt, die Anerkennung Italiens und die Räumung Roms, die bisher als einander bedingend behandelt wurden, wieder getrennt und sollen nicht gleichzeitig, sondern nach einander gelöst werden. — Gegen das Verfahren des Ministers Minghetti, den Klerus einzuladen, sich an dem Nationalfeste zu betheiligen, erklärt sich auch die offiziöse „Opinione“ mit dem Bemerkung, daß Minghetti, wenn er

schon die Religion nicht ausschließen wollte, sich damit hätte begnügen müssen, den Pfarrern eine Bethheiligung zu gestatten, eine Einladung sei jedoch überflüssig gewesen. — Dem „Combarbo“ zufolge hat der Klerus von Pavia, Chignolo und selbst derjenige von Bassalino gegen das Rundschreiben des Mgr. Caccia protestirt und sich den in der Protestation des Mailänder Klerus auseinandergesetzten Motiven angeschlossen. — Nach der „Stalie“ hat der Bischof von Cremona auf die Einladung, das Nationalfest am ersten Sonntag des Juni mitzufeiern, erklärt, daß er an diesem Tage persönlich die Messe in der Kathedrale abhalten und nach derselben das Tedeum anstimmen werde. Dagegen verbot nach einer Meldung der „Perseveranza“ vom 28. der Bischof der Diöcese Brescia dem Klerus, an dem am 2. Juni stattfindenden Volksfeste in irgend einer Art theilzunehmen und entfernte sich hierauf, um den drängenden Gegenstellungen zu entgehen. — Die Untersuchung über die Vorfälle von Mailand geht ihren strengen und raschen Weg. Von den 100 bis 150 Verhafteten dürften viele in Freiheit gesetzt werden, da mehrere Untersuchungsrichter Tag und Nacht ihr Amt verrichten. — Die Turiner Bäckergehilfen haben ihre Arbeiten eingestellt, um höheren Lohn zu erzwingen, doch die Meister lassen sich Arbeiter aus den Provinzen kommen. Die Regierung hält sich an das Gesetz und mischt sich nicht in die Händel der Bäcker mit ihren Gesellen. — Marquis Pepoli ist nach Bologna gereist, um sich von seiner Krankheit zu erholen. Die Aerzte haben ihm für die Dauer dieses Sommers jede ernstliche Beschäftigung untersagt. Seine Abwesenheit vom Parlament wird zur Folge haben, die Partei Rattazzi zu verstärken.

[Ueber die Mailänder Vorfälle] wird der „Allg. Stg.“ geschrieben, daß viele der Anruhestifter, mit eisernen Kugeln (?) und einige selbst mit Revolvern bewaffnet waren. Den Schaden, der an den Gebäuden der großen Spiritusfabrik angerichtet wurde, giebt die „Allg. Stg.“ auf 100,000 Fr. an. Denselben Mailänder Korrespondenten zufolge sollte die Bewegung sich nicht bloß auf die Spiritusfabrik erstrecken, sondern der Pöbel beabsichtigte auch, Aehnliches an der Fabrik Vinda, am Regierungs- und Bantgebäude und an der Hauptwache zu vollführen. „Il Regno d'Italia“ vom 24. Mai berichtet über diese Vorgänge: Was die Tumulte am 22. betrifft, so stimmen sämtliche Berichte darin überein, daß sie das seit lange von einer Hand voll Emittäre eingefädelt Werk seien. Schon einige Tage vorher ging das Gerücht von einem Aufstandsversuche. Individuen von schlechter Aufführung trieben sich seit einiger Zeit umher, und gegen 11 Uhr, kurz vor dem Beginne des Tumultes, stiegen verschiedene Personen in der Nähe der Fabrik Sessa aus einem Broom und sprachen mit einigen Individuen von zweideutigem Aussehen, die seit dem frühen Morgen in jener Gegend herumkristen. Bald darauf bildete sich ein Schwarm von 40 bis 50 Menschen, welcher unter wirrem Geschrei die Thür des Stabissements angriff, und im Nu waren die angrenzenden Gassen von wüthenden Pöbelhaufen überschwemmt, die sich den Angreifern angeschlossen. Der thatkräftige Widerstand der Fabrikarbeiter, durch das Beispiel des Herrn Sessa selbst ermutigt, und der baldige Anmarsch der Scharfschützen verhinderte die erbitterte Menge nicht, in die Fabrik einzufallen und in derselben das Werk der Zerstörung zu vollziehen. Unter den Angreifern waren viele mit eisernen Stangen, andere mit Revolvern bewaffnet. Die Militärtruppe sah sich nun genöthigt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, und dessen ungeachtet schien der Tumult nicht nachlassen zu wollen, bis auf die Anforderung des Generals della Marmora die Menge der Bürger, welche bloß aus Neugierde herbeigekam, sich zerstreute und dann gegen den zurückgelassenen Pöbel Gewalt angewandt wurde. Bei den meisten Verhafteten fand man Geld in großer Menge, bei einem einzigen als Bauer verkleideten Individuum 100 Napoleond'or. Auch ein Priester wurde in dem Augenblicke festgenommen, als er Geld vertheilte, um die Anruhestifter zu ermuntern. Gleichzeitig zeigte sich an der Station vor der Porta Vittoria eine außerordentliche Bewegung von Leuten, die aus derselben strömten. Einer der Verhafteten wurde ergriffen, als er die Gasleitung zerstören wollte. Abends arretirte man auch ein Weib, welches eine rolhe Fahne trug. Etwa 20 Verwundete wurden ins Spital gebracht.

Rom, 26. Mai. [Verkauf des Museums Campana; Freiebung; liberale Manifestation; König Franz.] Der „Agentur Reuter“ wird telegraphirt: Die Ausgaben der römischen Regierung für das Jahr 1861 werden durch den Verkauf des Museums Campana gedeckt werden. — General Goyon hat das Geld, das er an der Grenze mit Beschlag belegt, weil er glaubte, dasselbe sei für die Reaktionen in den Abruzzen bestimmt, wieder frei gegeben. — Zum 2. Juni, dem italienischen Nationalfeste, wird eine große liberale Kundgebung vorbereitet. — Der König Franz II. verkaufte der „Allg. Stg.“ zufolge eine bedeutende Quantität alter Silberwerke seines königlichen Hauses an die päpstliche Münze um die Summe von 100,000 römischen Scudi. Sein Aufenthalt in Rom ist vorderhand ein bleibender, und nur von Zeit zu Zeit, und nur in den Tagesstunden, macht er einen Abstecher in das nahe gelegene Albano.

Neapel, 22. Mai. [Die republikanische Partei verhält sich hier zwar vorläufig vollkommen ruhig, ist aber doch keineswegs so schwach, als man hiernach anzunehmen geneigt sein könnte. Sie hat bei allen im Königreich Neapel stattgefundenen Nachwahlen zum Turiner Parlament den Sieg davongetragen, was übrigens nur dadurch zu erklären ist, daß die Bourbonisten sich ganz und gar der Abstimmung enthielten. Die ganze Redaktion des mazzinistischen „Popolo d'Italia“, Nicotera, Dassi Boni, Saffi, ist in das Parlament gewählt. Es werden ihnen die zur Abreise nöthigen Papiere vorenthalten, um sie so lange als möglich von Turin fernzuhalten. Eine große Gelegenheit wird der Regierung die mit 30,000 Unterschriften bedeckte Petition wegen Zurückberufung Mazzini's aus der Verbannung, die dem Parlamente vorgelegt werden soll, bereiten. Auch Garibaldi hat diese Petition unterschrieben.

[Die Aufstände im Neapolitanischen.] Die „Perseveranza“ vom 28. Mai berichtet über den bereits gemeldeten Vorfalle zu Sora am 27. d. Folgendes: Diesen Morgen, als der Markt zu Sora abgehalten werden sollte, nahen sich Aufständische (also nicht Räuber) der Vorstadt und drohten hereinzubrechen. Die herbeigerufene Nationalgarde und Truppen wechselten Schüsse mit denselben und die Angreifer wurden zurückgeschlagen. Zu Mittag dauerte das Feuer noch fort. Nachrichten aus Maccarata zufolge sollen dabelbst viele der assentirten Rekruten desertirt sein. — Nach einem Bericht der „Dest. Stg.“ aus Neapel, 23. Mai, schlägt man

sich in den Provinzen nach wie vor, ohne, wie dies in der Natur des dort geführten Krieges liegt, entscheidende Erfolge zu erringen. Bei Castello di Sangro in den Abruzzen dauerte ein Gefecht zwischen den Truppen und den königlichen Freischaren oder Briganti, wie sie offiziell heißen, vom Morgen bis zum Abend. In Delta, nahe bei Foggia, fielen 400 betriene Briganti ein und entfernten sich erst nach mehreren Stunden, welche sie dazu benutzten, vier Häuser von Liberalen auszulündern und zu zerstören, ungehindert wieder. In Foggia erregte die Nachricht hiervon einen solchen Schrecken, daß die Messe unterbrochen wurde, weil die Kaufleute auch dort einen Einfall befürchteten. Man schickte zwar sofort Truppen gegen diese vierhundert Reiter aus, denen es aber nicht gelang, sie aufzufinden. In Fierria, hinter Capua, war ein kleiner Aufstand, der schnell damit endete, daß die Freischar, welche sich bildete, zur Stadt hinausgeworfen wurde. In Contessa, auf Sicilien, mußte die Nationalgarde mit der ganzen Bevölkerung von den Piemontesen entwaffnet werden. In den Capitanaten haben es die Banden auf die Viehherden der Liberalen abgesehen und betreiben dieses Geschäft so großartig, daß sie einem Grundbesitzer auf einmal 900 Stück Schafe fortnahmen, von denen ihnen jedoch später wieder 500 abgejagt wurden. — Im Römischen, schreibt man der „Allg. Stg.“ aus Neapel vom 22. Mai, wird noch eifrig für Franz II. geworben, und immer neue Banden, bezahlt mit neapolitanischem Geld, welches in Rom geschlagen ist, werden dort ausgerüstet, um in das Königreich einzufallen und den Bürgerkrieg in den Provinzen zu entzünden. Chiavone, Sibilla und noch einige andere der berühmtesten italienischen Bandenführer haben gerade jetzt eine Zusammenkunft in Rom gehabt, in welcher, wie man sagt, die Ausföhrung eines größeren Schlags, der zu Anfang des künftigen Monats geschehen soll, verabredet wurde. Die Franzosen haben jetzt eine strengere Ueberwachung der Grenze eingeföhrt und suchen mit allen Mitteln die häufigen Expeditionen von dort nach dem Neapolitanischen zu verhindern.

**Spanien.**

Madrid, 23. Mai. [Vorworfender Thronwechsel in Marokko; Santana.] Die spanische Regierung beabsichtigt, in nächster Zeit ihr Geschwader an der marokkanischen Küste auf 12 Schraubenregatten mit 600 Kanonen zu bringen, also zu verdreifachen. In Algeras wird bereits eine große Müdigkeit bemerkt. Wie aus Cadix vom 27. Mai telegraphirt wird, betrachtet man dabelbst nämlich einen Thronwechsel in Marokko und den Sieg des Thronprätendenten Soliman Abbas für wahrscheinlich. Die Armee ist für Soliman; eben so soll derselbe, wie eine aus Cadix datirte Depesche behauptet (diese Cadixer Depeschen haben sich aber bisher oft mehr durch Engländerhaß als durch Wahrhaftigkeit leiten lassen), von den Engländern begünstigt werden. Wunderbarer Weise behauptet dieselbe Depesche, die Babylon seien für den jetzigen Kaiser, während sie ja gerade bisher ihm durch ihren Groll über den Frieden mit Spanien einen so harten Stand bereitet haben, daß er seinem Gegner gegenüber nicht zu Kraft kommen konnte. Der spanische Admiral Pinzon ist nach Tetuan gefahren, um sich mit dem Befehlshaber des dortigen Okkupationskorps zu berathen. In Alicante werden zwei maurische Diplomaten erwartet. — Die Gegner der Einverleibung San Domingo's in Spanien haben behauptet, der Präsident Santana, welcher den Anschluß durchgesetzt, habe die Republik verschachert. Daß er sich für seine Person wohl bedacht habe, geht aus der Meldung der „Spana“ hervor, derselbe werde, wenn er im Juni mit einigen Getreuen, darunter General Alson, in Madrid erscheine, zum Granden von Spanien erhoben, mit einem castilianischen großen Titel versehen und zum Senator ernannt, nebenbei auch mit „verschiedenen anderen Aufmerksamkeiten“ beglückt werden.

**Rußland und Polen.**

Petersburg, 30. Mai. [Ernennungen.] Das „Journal de St. Petersburg“ theilt mit, daß der Kriegsminister Souchojanek zeitweise mit der Verwaltung des Königreichs Polen betraut worden sei und die Rechte eines kaiserlichen Statthalters erhalten habe (s. Nr. 121). Der Adjunt desselben, Miljutin, wird die Leitung des Kriegsministeriums übernehmen. (Tel.)

Warschau, 26. Mai. [Erleichterung für die Juden.] Durch eine in den hiesigen Zeitungen veröffentlichte authentische Interpretation eines Dekrets von 1808 wird den Juden das Recht zum Pfandbesitz unbeweglicher Güter zugesprochen.

Der Fürst Statthalter Gortschakoff ist, nach einem Telegr. der „Pr. B.“ aus Warschau, gestern (am 30. d.) dabelbst gestorben.

**Türkei.**

Konstantinopel, 18. Mai. [Entschädigung im Libanon; Truppen nach Beyrut.] Die Entschädigung für die Christen im Libanon und in Damaskus ist von der europäischen Kommission auf 27 Mill. Frs. festgesetzt worden. — In den letzten Tagen war ein ziemlich zahlreiches türkisches Truppenkorps, Infanterie und Kavallerie, in Beyrut angekommen und hatte sich in der Nähe der Stadt auf der Straße nach Damaskus gelagert.

Belgrad, 23. Mai. [Dmer Pascha.] Heute früh um 8 Uhr brachte der Gisdampfer „Juno“ den schon seit längerer Zeit hier erwarteten Dmer Pascha. Türkische Truppen der Festung und serbisches Militär waren am Ufer der Save aufgestellt, wo der Veteran landete, mit seiner Suite das Schiff verließ und in Begleitung der Spitzen der Festung und der Stadt sich zu Fuß nach der Festung begab, um dabelbst einige Tage zu verweilen. Die politischen Verhandlungen des Seraskiers alhier betreffen einige Mißhelligkeiten der Presse, die jedoch beinahe beseitigt sind. Andererseits dürfte die Thatsache, daß etwa 6000 Christen aus Bulgarien, gedrängt von den ausgewiesenen und vertriebenen Ureinwohnern der Krimm, ein Asyl in Serbien gesucht und gefunden haben, ihn beschäftigen. Die Pforte wehrt den Bulgaren keineswegs das Auswandern, will aber dieses nur nach Rußland und keineswegs nach Serbien gestatten. Da der französische Generalkonul abwesend ist, so werden die Generalkonulen von England, Oestreich und Rußland einzig und allein mit Dmer Pascha und der hiesigen Regierung die nöthigen politischen Verhandlungen vornehmen. Ein zufriedenstellendes Resultat läßt sich erwarten, zumal da der hochgebildete regierende Fürst, dem das Wohl Serbiens obliegt, den loyalen Weg wohl nicht verlassen wird. Von Belgrad aus begiebt sich der Veteran nach Mostar und Serrajowa, wo eine diplomatische Kommission von den obwaltenden Verhältnissen Einsicht nehmen wird. Von Seiten der k. preussischen Regierung ist Dr. Wart bereits vor etwa zwei Wochen nach Mostar gesendet, um über die

dortigen Zustände Einsicht zu nehmen und bei der sich kombinierenden Kommission zu theilnehmen. — Dem „Pesther Lloyd“ wird unterm 24. d. von hier geschrieben: Schon um 5 Uhr gestern Nachmittags ist Dmer Pascha von Belgrad wieder abgereist, er war außerhalb der Zitadelle nirgend. Gegen Mittag empfing er die Besuche sämmtlicher Konsuln, erwartete aber den des Fürsten Michael vergebens, da Letzterer erklärt haben soll, daß es ihm Vergnügen mache, wenn der Serdar in seinem Palais zu empfangen, worauf er ihm dann die Visite in der Zitadelle erwidern werde. Dmer Pascha muß nichts weniger als diese Antwort erwartet haben, weil er zur Begleitung des Fürsten in die Festung eine Ehrenkompanie zum kaiserlichen Palais hatte senden, und am Glacis der Zitadelle Truppen und das Musikcorps aufstellen lassen, um den Fürsten mit allen Ehrenbezeugungen zu empfangen. Dieser Vorgang soll den stolzen Serdar Ekrem, der als Generallieutenant sämmtlicher Streitkräfte des osmanischen Reiches den Titel „Hoheit“ führt und in seinem militärischen Range höher steht, als Fürst Michael, aufs Tiefste gekränkt und ihn auch veranlaßt haben, seine Abreise noch mehr zu beschleunigen, als es in seinem Plane lag. Auf jeden Fall ist aber der genannte Vorfall geeignet, mancherlei unangenehme Folgen nach sich zu ziehen; denn er ist mehr als ein bloßer Eitelkeitsstreit, und ein Mann von so leidenschaftlichem Charakter wie Dmer Pascha, wird die ihm dadurch zugesügte Kränkung schwer in die Waagschale fallen lassen. Die Abreise des Serdar erfolgte auch so plötzlich und unerwartet, daß, als er das Dampfboot betrat, der Kapitän des Schiffes abwesend war und lange gesucht werden mußte, da er gar keine Weisungen, sich für diese Zeit zur Abreise bereit zu halten, empfangen hatte.

**Amerika.**

Newyork, 10. Mai. [Ergänzende Berichte.] Die Wiederherstellung der Brücken auf der Eisenbahn zwischen Philadelphia und Baltimore ist, der „Newyorker Handelszeitung“ zufolge, noch nicht vollendet, doch sind an der Bahn entlang bereits Armee-corps vorgeschoben. 15,000 Mann bewegen sich auf vier Straßen nach Baltimore — von Havre de Grace, Harrisburg, Gettysburg und Chambersburg. Am Relay House stehen jetzt 2600 Mann. Eine 1300 Mann starke Abtheilung kam gestern Nachmittags von Perryville per Dampfboot vor Baltimore an und marschirte am Saume der Stadt nach dem Washingtoner Bahnhofe. Die bewaffneten Rebellen in Baltimore ziehen in hellen Haufen ab, meist nach Virginien. Bei Harpers Ferry haben 800 Virginer auch das nördliche (Marylander) Ufer des Potomac besetzt, eine Batterie aufgeworfen und den Wald in Brand gesteckt. — Im nordwestlichen Virginien nimmt die Unionsbewegung erfreulichen Fortgang. Auf den 13. d. M. ist nach Wheeling ein Volkskonvent bestellt, der, wie man glaubt, die Abreiseung des westlichen Virginien vom östlichen beschließen wird. Die Regierung hat den Unionsmännern in Wheeling 2000 Büchskintente zugestelt. Die zwei in Kentucky gebildeten Bundes-Volonitär-Regimenter werden als Brigade unter dem Befehl des zum Obersten erhobenen Majors Anderson formirt. Sie sind auf das rechte Ohioufer übergetreten und werden wahrscheinlich nach Cairo beordert werden, wo bis morgen 15,000 Mann konzentriert sein sollen. Leider scheinen in einigen westlichen Staaten, besonders in Ohio, die schreiendsten Uebelstände bei der Verpflegung der Truppen zu bestehen. Es kommt hinzu, daß in den westlichen Staaten die Valuta (Banknoten, gedeckt durch Obligationen von Kentucky, Virginien, Tennessee, Nord-Carolina und Missour) durch das Sinken der Fonds auf furchtbare Weise entwerthet worden ist, so daß auch die finanziellen Hülfquellen sehr beschränkt wurden. Die Folge davon wird sein, daß der Westen vorerst nicht den bedeutenden Antheil an der Offensive nehmen kann, den man ihm bisher zuschrieb, und sich einstweilen auf die Behauptung der Ohio-Linie wird beschränken müssen. Daneben besteht noch die wichtige Aufgabe, zu verhindern, daß in Missouri die Sezessionspartei einen Putsch mache. Vor einem solchen fühlt man sich nicht einmal in St. Louis sicher, dessen Bürgerschaft doch zum bei weitem größten Theile vollkommen loyal ist. Es heißt, daß die Regierung fünf schwimmende Batterien auf dem Mississippi bauen lassen wolle. — Mehrere nördliche Staaten haben angezeigt, daß sie keine weitere Anmeldungen von Volontärs mehr brauchen können, da sowohl das erste, wie das zweite Aufgebot längst gedeckt sind. Beispielsweise hat Connecticut statt des einen Regiments, das von ihm verlangt ward, vier ins Feld und zwei Reserve gestellt. Pennsylvania 40 Regimenter für den Bund und 15 Regimenter Reserve. Newyork hat seine Kriegsanleihe von 1 auf 2 Millionen erhöht. Die Rhode-Island- und Kaufleute von Maine haben sich erboten, binnen 2 oder 3 Monaten dem Bunde 30 Dampfgeschiffe zur Disposition zu stellen. Indiana stellt 6 Regimenter Reserve außer beiden Truppenaufgehoboten auf; Newyork 4. Aus St. Louis, Missouri, trifft die Nachricht ein, daß sich dort die Vorbereitungen, deren Schauplatz Baltimore am 19. p. war, gestern wiederholt haben. 800 Sezessionisten, welche sich auf den Ruf des Rebellenregiments Jackson unter General Frost in Camp Jackson, nahe der Stadt gelagert hatten, waren gezwungen worden, sich den föderal-Volontärs zu ergeben. Während des Transports der Gefangenen nach der Stadt wurden die föderal-Truppen durch den Sezessionistenpöbel angegriffen, es kam zum Kampfe und 20 Rebellen einschließlich zwei Frauen blieben auf dem Platz. — Der Zolldirektor von St. Louis ist vom Finanzminister angewiesen, die Manifeste aller nach dem Süden bestimmten Schiffe mit den Cargoes zu vergleichen und falls Waffen, Munition oder Lebensmittel an Bord sind, Schiffe sammt Ladung zu konfiszieren und die Eigenthümer als Hochverräther festzunehmen. Die Verhaftungen nach dem Süden haben in Folge dessen aufgehört. Aus Chicago wird gemeldet, daß man in Cairo einen Angriff der Rebellen erwartet. — Ueber Neworleans eingetroffene Nachrichten aus Texas sind sehr aufregender Art. General Van Dorn, ein dem Sonderbund angehöriger Führer, verließ Victoria am 6. d., um 600 Mann Bundesstruppen unter Befehl des Obersten Reede oberhalb San Antonio aufzuheben. Die von Kapitän Lee befehligte Kompanie des 8. Infanterieregiments ergab sich den Rebellen an dem erwähnten Punkte, und Oberst Waite, der Nachfolger des Generals Twiggs, befand sich als Kriegsgefangener in ihren Händen. — [Die Haltung der Deutschen in nordamerikanischen Bürgerkriege.] Der „Chicago Daily Democrat“ schreibt: „In den Grenzstaaten und selbst in Texas und den äußersten südlichen Staaten sind die deutschen Bürger alle loyal gesinnt und der Regierung treu. In Baltimore sind die Deutschen, wie ein Mann, für die Union. Es waren Deutsche, welche in dieser Stadt die Sezessionsflagge niederrißen, und in dem von ihnen hauptsächlich bewohnten Stadttheile sieht man die meisten Unionsfähnen. In St. Louis hält das deutsche Element die Sezessionisten vollständig in Schach. Sie haben sich

bis zur Anzahl von 3000 unter dem Sternbanner einreihen lassen, und ihnen wurden mit vollem Vertrauen die Waffen aus dem Vereinigten-Staaten-Zeughause in die Hände gegeben. Wenn die Deutschen im Staate Missouri nicht wären, so würde dieser Staat schon längst seine Sezession proklamirt haben. Unter den Freiwilligen unserer eigenen Stadt ist eine verhältnißmäßig große Anzahl Deutsche. Es sind eine Anzahl vollständig deutscher Kompagnien da, und diese standen zuerst schlagerfertig da. Die anderen Kompagnien enthalten verhältnißmäßig viele Deutsche. Der Deutsche haßt die Rebellenfabrik mit einem Haß, dessen Tiefe kaum begriffen wird, er will nirgends unter derselben stehen, vielmehr die Waffen dagegen ergriffen, selbst dort, wo eine noch so große Ueberzahl ihm gegenübersteht. Der Haß der deutschen Race gegen Alles, was nach Sklaverei schmeckt, ist ein tödlicher. Und dieser Haß hat ohne Zweifel seinen Grund darin, daß die Deutschen selbst ein Arbeitsvolk sind, sehr praktisch in Allem, was sie unternehmen und was sich auf das irdische Erbein bezieht, wobei sie ein unverwundliches Vertrauen darauf haben, daß die Menschheit am Ende doch noch von allem Despotismus, mag derselbe die bürgerliche oder religiöse Freiheit unterdrücken, befreit werden wird.“

**Vom Landtage.**

**Herrnhau.**

Berlin, 29. Mai. [31. Sitzung.] Auf der Tagesordnung steht der Bericht über den Entwurf, die gerichtliche Verfolgung der Beamten betreffend. Die allgemeine Diskussion wird mit der Spezialdiskussion über §. 1 verbunden, welcher das Gesetz vom 13. Februar 1854 für aufgehoben erklärt. Es nimmt zuerst das Wort der Berichterstatter Herr Grimm: Die Kommission hat zwar einstimmig die Erweiterung der Rechtswahrung gegen Jedermann anerkannt, aber in dem Entwurf das dazu erforderliche Mittel nicht gefunden und trägt daher auf dessen Ablehnung an. — Der Justizminister v. Bernuth: Der Entwurf ist in der Kommission nicht günstig aufgenommen worden. Dieser Lage der Sache gegenüber bemerke ich, daß der Entwurf den Zweck hat, das Gesetz von 1854 als unzureichend aufzuheben und durch ein neues zu ersetzen. Ich könnte hervorheben, daß jenes frühere Gesetz im Widerspruch mit älteren Bestimmungen überhaupt stehe, will aber darauf nicht näher eingehen, sondern nur anführen, daß Konflikte wirklich vorgekommen sind, welche durch jenes frühere Gesetz ihre Erledigung nicht zu finden vermochten. Es liegt aber der gegenwärtige Entwurf auch in Beziehung zu einem andern, betreffend die Erleichterung des Rechtsweges gegen die Polizei, welcher dem andern Hause noch zur Berathung vorliegt. Wollte man jede Ueberschreitung der Amtsbefugnis dem Gerichtshofe für Kompetenzkonflikte zuweisen, dann würde man erstens zu Konsequenzen gelangen, zu denen der Bestand jenes Gerichtshofes nicht berechtigt, aber auch in Widerspruch treten mit der Verfassung, die nicht die rechtliche Belangung von Militär- und Zivilbeamten von der Erlaubnis der betreffenden Vorgesetzten abhängig macht. (Der Minister liest aus einem Bericht des Kompetenzgerichtshofes über die Frage der gerichtlichen Verfolgung von Beamten vor, an dessen Schluß der Gerichtshof erklärt, daß das Gesetz vom 13. Februar 1854 so wenig Bedeutung hat, daß es ohne jeden Nachtheil aufgehoben werden kann.) Sieht man sich nun den vorliegenden Gesetzentwurf an, dann muß man gestehen, daß er den in dem erwähnten Bericht des Kompetenzgerichtshofes an dem Gesetz von 1854 gemachten Ausstellungen Abhilfe gewährt und sich dadurch der Annahme empfiehlt. Ich glaube, daß den Ausführungen, die Seitens der Vertreter der Regierung in der Kommission gegeben worden sind, nicht mit derselben Begründung entgegengetreten werden ist, und wenn ich daran erinnere, daß der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte durch die Vorlage in seiner Weise beeinträchtigt werden soll, so müßte doch schon dieses für die Annahme des Entwurfes entscheiden, der sogar durch viele konkret Fälle als eine unabwendbare Nothwendigkeit nachzuweisen wäre. — Herr Zähnigen giebt einen kurzen Ueberblick des Ganges der Entwicklung der Maßnahme, welche theils im Verwaltungs-, theils im Gesetzgebungswege gegen Ueberschreitung der Beamten seit etwa 20 Jahren hervorgetreten. Welche Bedenken nun auch in der Kommission gegen die Vorlage, die unverkennbar der früheren Gesetzgebung mit erheblichem Fortschritt für die Rechtswahrung gegenübersteht, gemacht seien, oder hier noch hervorgehoben werden sollen, ich bin überzeugt, daß sie von den Vortheilen, die der Entwurf bietet, entschieden übertrifft werden, und ich bitte das Haus um Ablehnung der Kommissionsvorschlüge. — Herr Stahl: Ich will zugeben, daß das Gesetz vom Februar 1854 nicht dem entspricht, was man von ihm erwartet, aber das hat seinen Grund in dem Kompetenzgerichtshofe, der die zur Entscheidung aufgetretenen Fragen anders aufgefaßt hat, als jenes Gesetz es zulässig gemacht. Ich muß dem widersprechen, daß in jedem Falle, wo ungesellig gegen einen Unterthan verfahren wird, auch der Rechtsweg zulässig sein muß, denn das würde dahin führen, daß auch gegen eine ungesellige Steuer der Rechtsweg betreten werden könnte. Wo eine Ueberschreitung der Amtsbefugnis sich herausgestellt, ohne Zusammenhang mit der Ausübung eines Hoheitsrechtes, da ist der Rechtsweg zulässig, im anderen Falle aber hat der Gerichtshof für Kompetenzkonflikte einzuschreiten. Das vorliegende Gesetz verrückt und schwächt die Bande im Staatsleben, indem es Obrigkeit und Unterthanen in einer Ausdehnung gegenüberstellt, wodurch der Staat nur leiden könne. Es sind unzählige Fälle möglich, in welchen der Beamte, wenn er immer die Furcht vor einer kriminalen Belangung hegen muß, lieber in seiner Amtsführung lässiger werde. Sollen die Beamten ihre Schuldigkeit thun, dann muß sie auch der Staat thun und jene gegen Nachteile wahren, welche ohne Bedürfnis der vorliegende Entwurf ihnen in Aussicht stelle. (Bravo! rechts.) In seiner Wirkung ist der Gesetzentwurf eine Entfremdung nicht sowohl des Königthums, als vielmehr der Staatsverwaltung überhaupt. Für den Augenblick würde zwar, wenn der Gesetzentwurf zur Geltung komme, der Beamte einigen Schutz durch den Staatsanwalt finden, der gegen ihn einschreiten müsse, aber man kann sich versichert halten, daß auch dieses Schuttmittel nicht lange bestehen werde. Will die Landesvertretung den König und das Land vor Zuständen bewahren, wie sie das Jahr 1848 gebracht, dann muß sie den Gesetzentwurf ablehnen. (Bravo! rechts.)

Der Justizminister: Wenn der Herr Vorredner anführt, daß der Entwurf zu Zuständen, wie sie 1848 stattgefunden, führen werde, dann würde die Staatsregierung, die den Entwurf reichlich erwogen, denselben wahrlich den Häusern des Landtages nicht überreicht haben. — Herr Telkamp: Die Krone habe ein Interesse daran, daß die Beamten von ihrer amtlichen Befugnis keinen Mißbrauch machen, und da der Rechtsschutz der Unterthanen ein mindestens eben so starkes Bedürfnis sei, so könne die Gesetzentwurf, die Beides fordere, nur der Annahme empfohlen werden. — Herr v. Zander bezieht sich auf Art. 97 der Verfassungsurkunde und auf das Gesetz vom 13. Februar 1854, wonach er das Bedürfnis für die Vorlage nicht zu erkennen vermöge, und da er es auch sonst im Einklange mit dem legislativen Verhalten des Hauses erkennen, den vorliegenden Entwurf abzulehnen, so könne er diese Ablehnung nur dringend empfehlen. — Ein Regierungs-Kommissar: Ich glaube nicht, daß die Nachteile, welche dem Entwurf in Aussicht gestellt sind, in der Tragweite zutreffen, die man ihnen beilegt. Nie sei vor einer preussischen Verwaltungsbehörde es zweifelhaft gewesen, daß, wenn durch Amtsbefugnisverletzung Verlegung des Eigenthums und der Ehre erfolgt sei, ein Recht auf Entschädigung für den Verletzten feststehe. Der Redner führt als Beispiel an, wie die Erhebung einer Entschädigungsvorlage einer Eisenbahngesellschaft gegen den Handelsminister von seinem Gerichtshofe bestritten und daher der Kompetenzkonflikt als nicht vorhanden erkannt worden sei, und schließt daraus, daß also viele Fälle denkbar seien, in denen die Erleichterung des Rechtsweges ein dringendes Bedürfnis sei, welches der Gesetzentwurf befriedigen wollte, und könne daher das Haus nur dringend ersucht werden, dem Entwurfe seine Zustimmung zu geben. — Herr Grimm referirt als Berichterstatter die Debatte und empfiehlt den Kommissionsantrag der Annahme des Hauses, die dann auch in der folgenden Abstimmung mit großer Majorität erfolgt. — Der Justizminister eruchtet hierauf den Präsidenten, die weitere Debatte des Entwurfes nach erfolgter Ablehnung des §. 1 zu verlegen. — Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung folgt der Bericht über einen Gesetzentwurf, betreffend eine vorläufige Bestimmung über die Regulierung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse behufs Eigenthumsverteilung in Neuborposten und Rügen, der ebenfalls nach den Anträgen der Kommission einstimmig abgelehnt wird. — Nächste Sitzung Freitag.

— Nach dem Bericht der Matriselkommission des Herrenhauses zählt letzteres gegenwärtig 249 Mitglieder, von denen bis heute 241 eingetreten sind. Nicht eingetreten sind: der Fürst zu Hohenzollern-Hechingen, von den Hauptern der ehemals reichsunmittelbaren Familien 3 Mitglieder, von den übrigen erblichen Herren 2 Mitglieder und von den aus Allerhöchstem Vertrauen Berufenen 2 Mitglieder. Außerdem ruhen: von den Hauptern der ehemals reichsunmittelbaren Familien 2 Stimmen, von den übrigen erblichen Herren 13, von denen den Verbänden des alten und des besetzten Grundbesitzes zu prästentirenden Herren 15, von denen, von den Städten zu prästentirenden Herren 1 Stimme, im Ganzen also 31 Stimmen.

**Haus der Abgeordneten.**

Berlin, 29. Mai. [Die Abend-Sitzung.] Beginnt um 5 Uhr 15 Min. mit der Diskussion über den Train. — Der Kriegsminister: Der Train wird im Kriege eine große Rolle spielen; fahren können Viele in unserm Lande, aber die Leute sollen Ordnung lernen. Die Organisation des französischen Trains ist ein Vorbild; die Franzosen sind praktisch in der Kriegführung, sie haben die Wichtigkeit des Fahrwesens erkannt, und um von dem Trainoldaten den Schatten zu nehmen, weil man ihm die Peitsche anstatt der Waffe in die Hand gegeben, hat man ihm den Rang eines Grenadiers, eines Ulanenoldaten verliehen. Freilich im Kriege, wenn Leute nach Brot und Fourage ausgeführt werden, da kommen Unordnungen vor, und die Herren, welche die Kriege von 1813, 14 und 15 mitgemacht haben, wissen ganz andere Geschichten zu erzählen, als im italienischen Kriege vorgekommen. Möge der Eindruck des persönlichen Wortes noch bestimmend sein. — Abg. v. Knesched: Man ist auf dem Wege, einem anerkannten Uebelstande abzuhelfen, und im Interesse der Armee muß die jetzige Organisation beibehalten werden. — Abg. v. Vincke: Wenn ich den Kriegsminister richtig verstanden, hat er der Kommission einen Vorwurf gemacht, der nicht gerechtfertigt ist; der Minister hat sehr oft auf das letzte Wort des Referenten das letzte Wort haben müssen. — Der Abg. v. Brandt vertheidigt die von der Regierung beabsichtigte Organisation des Trains. — Abg. v. Uruberger: Nach dem Kriege von 1815 hat man das Bedürfnis zu einem guten Train empfunden und im Jahre 1816 sind Verhandlungen darüber eingeleitet worden. — Abg. v. Berg gegen den Kommissionsantrag. Was der Train kostet, läßt sich berechnen, die Verluste lassen sich nicht berechnen, die aus Mangel an Train hereinbrechen können; in der Rheinprovinz ist aus diesem Grunde ungeheures Material verloren gegangen. Je schneller die Verbindung geschieht, desto rascher muß die Distribution der Lebensmittel vor sich gehen. Der Satz, daß der Krieg den Frieden erndt, ist aus dem Völkerrechte ausgeschlossen. — Der Finanzminister: Die letzten Mobilmachungen zeigen, daß die finanziellen Bedürfnisse eines schlecht organisirten Trains ungeheuer sind. — Abg. Herrmann: Auch trotz des Trains geht Material verloren. — Abg. Mathis (Barnim) wünscht ein recht einstimmiges Votum gegen den Kommissionsantrag. — Abg. Braemer will sprechen, wie er es versteht, er will einen Waffenstillstand mit der Regierung schließen. — Abg. Starck: Ob handelt es sich nicht um einen Waffenstillstand, sondern um eine durchaus notwendige Organisation; der Train, wo er nicht ist, muß geschaffen werden; das Kriegskommissariat kann noch so schön sein, wenn kein Train da ist, nützt es nichts. Eisenbahnen können nicht immer benutzt werden. Der Trainoldat muß diszipliniert gebildet sein, er soll auch sein Geschäft verstehen. Die Disziplin kann ihm beigebracht werden, das Fahren aber nicht so leicht. Der Train ist eine Truppe, und doch müssen die Trainoldaten Leute sein, die sich zu dem Geschäfte qualifiziren. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. — Abg. v. Bockum-Dolffs wird für den Kommissionsantrag stimmen. — Abg. v. Verswordt: Zu Offensivzwecken, wie sie die preussische Armee, die stets vorwärts marschirt, gewöhnt ist, gehört ein guter Train. (Der Redner spricht mit einer Stentorstimme und erregt mit seinem Gifer eine große Heiterkeit.) — Die Diskussion wird geschlossen. — Der Berichterstatter: Wenn der Wagen auf den Train warten soll, wird er schlecht wegkommen. Es ist heute anders, wie im siebenjährigen Kriege, wo die Brotwagen von der Bäckerei zur Armee meilenweit gingen. Der Train wird heute nur noch bei Unterbrechungen der Operationen etwas leisten können. Die Expedition nach Rußland ist gescheitert, weil das napoleonische Kriegssystem nicht durchzuführen war. Im militärischen Interesse wäre es sicher, wenn Alles da wäre, wenn die vollständige Kriegsformation im Frieden aufrecht erhalten werden könnte. Das geht aber nicht, wenn man sich nicht ruiniren, das Volk nicht ruiniren will. Und so gehört auch der Train nicht zu den so unentbehrlichen Elementen, die vollständig gebildet daheim muß. — Der Kommissionsantrag: Das Haus wolle die Mehrkosten für die Errichtung der Traininspektion und der 9 Trainbataillone nicht genehmigen und die dafür im 2. Semester ausgeworfenen Beträge mit 2297 Thlr. für die Traininspektion und mit 156,263 Thlr. für die 9 Trainbataillone abgeben, wird mit geringer Majorität abgelehnt. (Senation.) — Der nächste Kommissionsantrag lautet: Das Haus wolle beschließen, der Betrag von zwei Millionen der Kompagniechefs bei jedem Infanterie- und Zägerbataillon vom 1. Juli ab, überhaupt von 506 Regimenten in Summa mit 27,740 Thaler abzulehnen. — Der Kriegsminister wünscht und hofft, daß diesem Antrage nicht stattgegeben werde aus denselben Gründen, aus welchen das Haus im Jahre 1859 diese Nationen bewilligt hat. — Auch Abg. Mathis (Barnim) hält Pferde für die Kapitäne für nothwendig und widersetzt sich dem Kommissionsantrage. (Der Kriegsminister hatte noch angeführt, daß von dem 1012 Kompagniechefs im preussischen Heere nur 23 keine Pferde haben.) — Abg. v. Vincke spricht sich über die letzte Abstimmung aus in einer Art, welche der Präsident mit Entschiedenheit und Entrüstung zurückzuweisen sich genöthigt sieht. — Abg. v. Vincke hält seine Ansicht aufrecht, daß wenn bei Abstimmungen auch nur ein Mitglied des Bureaus zweifelhaft ist, die Zählung vorgenommen werden muß. — Der Minister des Innern bestätigt, daß er die Gesetzentwurf ebenso ausgelegt hat, wie der gegenwärtige Präsident. — Abg. Harfort giebt Herrn Mathis das Zeugnis, daß er ein sehr guter Trainleiter für das Ministerium ist. — Die Diskussion ist geschlossen. — Abg. Mathis (persönlich): Bin ich ein guter Trainier, so ist Herr Harfort ein guter Landwehritrainier. — Der Berichterstatter Abg. Stavenhagen macht kurze Bemerkungen, worauf der Antrag angenommen wird. — Die Resolution. Das Haus wolle die Erwartung ausdrücken, die Regierung werde verfügen, daß ein Offizier für ein fehlendes Dienstpferd nicht auf eine unbestimmte Zeit eine Nation in natura oder in Geld beziehen könne, wird angenommen.

Der nächste Antrag lautet auf Abhebung von 565,337 Thlrn. für Extradinar. — Der Kriegsminister: Was für diese Summe beschafft werden soll, ist nicht bloß Tuch, es sind auch Ausrüstungsgegenstände, die nicht auf den Markt kommen, für die Ersatzbataillone; was Kleider und Schuhe betrifft, so wird sich die Regierung helfen. Die Abhebung wäre bedauerlich; gegen die Zweckmäßigkeit der Ausgabe wird ja nirgends angeführt. Vielleicht wird die Zeit zur Vorbereitung für den Krieg da sein, dies vielleicht aber muß den vorliegenden Kriegsminister dazu bestimmen, in der Zeit sich vorzubereiten. Kleider und Schuhe macht jeder Handwerker, 45,000 Tornister und 45,000 Helme lassen sich aber nicht so rasch beschaffen. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter: Ersatzbataillone haben in der ersten Hälfte des Krieges wenig mit demselben zu thun, und man wird Zeit haben, die Ausrüstungsgegenstände für die neu zu schaffenden Ersatzbataillone anzufertigen. — In der Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen. — Der nächste Antrag der Kommission lautet: Von 300,000 Thlrn, welche zur Erweiterung der Kasernen angefordert sind, 150,000 Thlr. abzugeben. — Der Regierungs-Kommissar hebt die Wichtigkeit der Truppenkasernierung hervor. Man hat sich in der Kommission gegen die Bewilligung der 150,000 Thlr. ausgesprochen, weil die Vorschläge für die beabsichtigten Bauten fehlten. Jetzt seien dieselben eingegangen, wonach die Bauten in 10,000 Thlr. veranschlagt sind, in Wesel auf 128,151 Thlr. in Königsberg auf 230,000 Thlr. veranschlagt sind. Die Regierung legt einen großen Werth darauf, daß ihr die Ausführung dieser Bauten ermöglicht werde. — Abg. Reichenberger (Rhein): Das Vorliegen von Vorschlägen hat geringen praktischen Werth, weil eintretende Ueberschreitungen, wie gewöhnlich, nachbewilligt wurden. Der Redner erwähnt, daß jetzt der Deuger Faberrie, die bisher sehr niedern ausgegeben, eine monumentale Facade gegeben werden solle, um ein besseres Aussehen zu gewinnen. — Der Kriegsminister: Die Militärverwaltung kann einen solchen Bau ohne besonderen Befehl nicht ausführen, dieser Befehl ist aber nicht gegeben. — Der Minister des Innern: Ich habe bis jetzt an der Debatte nicht Theil genommen, weil sie meinen Respekt nicht berührt. In dieser Frage kommen aber kommunale Angelegenheiten ins Spiel. Es sind zahlreiche Beschwerden über Einquartierungslasten laut geworden, und es hat an den Bemühungen der Regierung, die Beschwerden zu beseitigen, nicht gefehlt. Alle in Berichtlag gebrachten Mittel haben sich als unauflösbar erwiesen und es bleibt nur die Kasernierung übrig und besonders für die westlichen Provinzen, deren Entwicklungsstand die Einquartierung schwieriger macht. Und wenn nun der Finanzminister sagt, er hat die Mittel zu diesen Bauten, so ist es im Interesse des Landes, die Summe nicht zu verweigern. — Abg. v. Vincke: Ich werde für den Kommissionsantrag stimmen, weil ich ein Pauckenquantum vorschlagen, die 150,000 Thlr. sich also finden z. B. in den nicht beliebtesten Winterpauckenquanten. — Der Kriegsminister wird Geld nur verwenden, wie es vorliegt. — Abg. v. Hoyerstedt behauptet, daß in den Kasernen schonere Paradeoldaten gebildet, daß da ein Stand herausgebildet und die Zusammengehörigkeit mit den Bürgern vermindert wird. — Abg. Burgwardt: Es ist nöthig, daß man über die Abhebung des Pauckenquantums Klar habe. Der Etat bleibt insofern bestehen, daß keine Position überschritten werden darf, aber der Regierung es überlassen bleibt, weniger auszugeben. Es ist also denkbar, für das abgelehnte Winterpauckenquantum weniger auszugeben und dann die

(Fortsetzung in der Beilage.)

Kasernenbauten auszuführen. Ich werde mich gegen die Position erklären, weil die Reorganisationskosten nicht mit ihren Konsequenzen übersehen werden kann. — Der Finanzminister: Unsere finanzielle Zukunft ist gesichert; hier handelt es sich nur um eine einmalige Ausgabe; es trägt sich, ob sie notwendig, ob zu verschieben ist. In diesem Augenblicke sind die Mittel disponibel, ein Dinauschieben ist durch nichts geboten. Allerdings müssen bei Bauten die Voranschläge vorgelegt werden, die aber werden Summen bei Wasserbauten bewilligt, wo ein bestimmter Zweck vorliegt. — Abg. v. Winkler (Hagen): Besser doch, mehr Geld für die Zukunft bereit halten. — Der Berichterstatter widerlegt die Gegner der Kommissionsanträge, auch die Aufstellungen des Ministeriums und motiviert den Antrag, welcher der Abstimmung mit großer Majorität angenommen wird. — Die Kommission beantragt ferner, 80,000 Thlr. für Erweiterung der Garnisonlazarette nicht zu bewilligen. Nach einer Diskussion, an welcher sich nur der Regierungskommissar, der Berichterstatter und der Finanzminister beteiligen, wird der Antrag angenommen. — Abg. André moniert die für die Remontedepots verlangten Kosten. Nach seiner Rechnung stellen sich die Kosten für ein Pferd noch ein Mal so hoch, als die Regierung es angiebt. — Der Kriegsminister und Abg. Osteraß treten dem Redner gegenüber. — Die nächsten Anträge werden ohne Diskussion genehmigt und es bleibt die Form der Beratung, die Resolution Bände zu beraten. Um 8 Uhr 10 Minuten wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte, Verwendung der 9 Millionen, Zuschlag der 25 Prozent, Handelsgesetz.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses berichtet über 18 Petitionen, darunter die des Rabbiners Suro, die Ausführung des Art. 12 der Verfassungsurkunde betreffend, welche der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wird. — In einer Petition des Vorstandes der Synagogengemeinde zu Strzelno in der Provinz Posen wird beantragt: „Das Haus der Abgeordneten wolle die k. k. Staatsregierung zu dem Ausspruch veranlassen, daß die das Recht der Bürger mosaischen Glaubens bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung beschränkende Bestimmung des dortigen Ortsstatuts ungesetzlich, daher außer Kraft zu setzen sei.“ Nach diesem Statut nämlich die Zahl der zu wählenden Juden ein Drittel der Stadtverordneten nicht übersteigen. Da nun nach einer beim Ministerium des Innern veranlasseten Nachprüfung sich herausstellt, daß dem Oberpräsidenten der Provinz Posen eröffnet worden sei, es verbleibe bei dem früheren Restrikt vom 19. August 1859, wodurch jene Bestimmung des Statuts aufgehoben sei, so empfiehlt die Kommission dem Hause, zu erklären, daß vorstehender Antrag erledigt sei.

Militärzeitung.

Frankreich. [Konstriktionsbericht von 1858; neues Mandat v. v. rreglement; Stabkantonen; neuer Karabiner; Schrift des französischen Artilleriekomite's.] Nach dem zuletzt bekannt gewordenen Bericht des französischen Kriegsministers über die Konstriktion von 1858 belief sich die Zahl der Militärpflichtigen in dem genannten Jahre auf 305,339, und zwar war diese Ziffer folgendermaßen zusammengesetzt: Durch den Revisionszwang zum Dienst entbunden 130,236, zusammen 38,325, nach Art. 14 frei (einziger Sohn einer Wittve oder betagter Eltern re.) 15,256, beim Einrücken untauglich befunden 1000, definitiv eingereiht 81,392, durch die Ziehungszimmer frei 38,006, zusammen 305,339. Die Revisionskommissionen beschäftigten in diesem Jahr während ihrer 26tägigen Umreise in den Departements 267,333 junge Leute. Die durchschnittliche Körperhöhe betrug 1,65 Meter. Im Tarn- und Garonnedepartement waren die wenigsten dienstuntauglichen, im Rhonedepartement die meisten. Das Seine-Departement nimmt die neunte Stelle in der Reihe der dienstuntauglichen ein. In der Eure lauteten sich etwa 48 Prozent der Konstriktionspflichtigen los, in der Aube, Seine et Marne, Seine et Oise, Yonne, Lot et Garonne und Oise zwischen 44 und 47 Prozent, in der Seine (Provinz) 27. Die geringste Zahl von Loskäufem fand in Corsica statt, 4 Prozent, dann kommen die Pyrenäen-Orientales mit 10 Prozent. Freiwillige traten im Jahre 1859 16,192 ein, 4346 mehr als im Jahre 1858. Die Zahl der Konstriktionspflichtigen (zwanzigjährige) nimmt übrigens in den letzten Jahren nicht unmerklich zu. Sie betrug 1857 294,761, 1858 305,339, 1860 312,673. Das Militärmaß ist schon dreimal herabgesetzt worden. Da im Allgemeinen die wohlhabenden Kontributoren, welche also aller Wahrscheinlichkeit nach sich loskaufen, wenn irgend möglich, nicht zurückgewiesen werden, so wird man die jährlich pflüchtig werdenden Militärbrauchbaren auf etwa 150,000 Mann schätzen können, was bei 7jähriger Dienstzeit 1,050,000 Militärbrauchbare ergeben würde. — Für die französische Infanterie ist ein neues Mandat v. rreglement, nachdem es in zwei Paragrafen in zwei Besonderen und geprüft worden, definitiv angenommen. — Bei den letzten Versuchen, welche man mit den neu konstruirten Stabkantonen auf dem Polygon von Savres bei Orient angestellt, schloß man mit ebenfalls neu erfundenen Geschossen von 45 Kilogramm schwere. Man hat berechnet, daß ein solches Geschöß beim Einfallen in eine kompakte Masse durchschnittlich an hundert Mann tödten oder kampfunfähig machen würde. Bei solchen Vorzügen wird es natürlich in der Artillerie eingeführt werden. — Der „Constitutionnel“ berichtet über die Erfindung eines Karabiners, welchen man ohne abzuladen und ohne seinen Feind aus dem Visir zu verlieren, mit einer Hand laden und 10 Schüsse in der Minute abfeuern kann. Der Erfinder ist ein Herr Daugat, Wesserschiessmeister in Saintes, welcher im Begriff ist, seinen neuen Karabiner dem Kriegsministerium vorzulegen. — In Veranlassung, daß der belgische Kriegsminister in seinem bei Gelegenheit der Kreditforderung für die Artillerieausrüstung von Antwerpen den belgischen Kammermitgliedern Bericht den preussischen gegennenen Kanonen den Vorzug vor den französischen zuerkannt hat, bereitet gegenwärtig das Artilleriekomitee zu Paris eine Schrift vor, in welcher die Vortreflichkeit des französischen Systems vor allen anderen in das gebührende Licht geist werden soll. — P.

Polales.

Posen, 31. Mai. [Zur Grundsteuerregulierung.] Die Gesesammlung veröffentlicht bereits das Gesetz über die Grundsteuerregulierung. Zu Vorsitzenden der Bezirkskommission für die Vermessung und Abschätzung der Grundstücke sind ernannt: für den Regierungsbezirk Posen Präsident Klebs, und für den Regierungsbezirk Bromberg Präsident v. Schleinig.

[Der Verein zur Verbesserung der Pferde-, Rindvieh- und Schafzucht] in der Provinz Posen hat seinen Jahresbericht veröffentlicht, wonach die Einnahme im vorigen Jahre 3704, die Ausgabe 3469 Thlr. betragen hat, darunter 2109 Thlr. Rennprämien. Der Verein zählte 311 Mitglieder, jedoch hat sich diese Zahl in Folge bedauerlicher Mißverständnisse seitdem nicht unerheblich vermindert. Es gehörten zu demselben bisher die angesehensten und geachteten Gutsbesitzer der Provinz, und viele Einwohner unserer Stadt, die an dem Pferde- und der Landwirthschaft Interesse nahmen. Demselben Umstande verdankte der Verein seinen langjährigen Bestand und seine Blüthe. Leider ist es denjenigen, die ihre Lust in der Unlust Anderer suchen, gelungen, auch hier den Samen des Unfriedens zu säen. Die Pferderennen werden am 1. und 2. Juli 4 Uhr Nachmittags abgehalten. Es sind jedoch zufolge des Programms bis jetzt nur wenige Pferde angemeldet, so daß mehrere Rennen ausfallen dürften. Wie verlautet, wird aus diesem Grunde auch der bisherige Prämienschuß von 1000 Thlrn. aus der Staatskasse nicht gewährt werden. Die städtischen Behörden haben auch für diesmal noch den üblichen Stadtpokal bewilligt; indeß sind bis jetzt keine Pferde zu diesem Rennen gemeldet. Am 1. Juli soll auch eine Zierchau stattfinden und ist dazu ein Komitee erwählt, zu welchem die Herren Graf Kwiecki, v. Stablenwski und Laszewski gehören; Hr. v. Winterfeld hat Krankheits halber die Wahl nicht angenommen. — Der Verein, welcher (nach dem Muster des jetzt aufgelösten „landwirthschaftlichen Zentralvereins des Königreichs Polen“) unter dem Einflusse der den jüngsten Ereignissen in Warschau vorangegangenen politischen Spannung im Februar hier gestiftet wurde, beabsichtigt anfänglich auch eine landwirthschaftliche Ausstellung. Aber er hat dieses Projekt bald wieder aufgegeben, weil er mit dem Zentralverein für Verbesserung der Pferde- und Viehzucht nicht konfliktiren mochte. Die Stiftung von Vereinen ist jetzt gewissermaßen Modesache und wir haben deren bereits so viele, daß fast einer den andern hindert.

[Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium.] Mit Anfang des Sommerhalbjahres sind in das Kollegium die Herren Schmidt, bisher an der Realschule zu Meseritz, als ordentlicher Lehrer, und Dr. Bernhardt aus Meiningen zur Ableistung seines Probejahres eingetreten. Durch Letzteren ist den Schülern der ersten und zweiten Klasse zugleich Gelegenheit zur Erlernung des Englischen geboten. Der erst im vorigen Jahre als sechster ordentlicher Lehrer hierher berufene Herr Steintrauß ist als erster Oberlehrer der Realschule zu Poreberg gewählt worden.

S — [Ein Konzert.] Es ist hier ein junger Virtuos angekommen, der auf Violine und Flöte in gleicher Weise ausgebildet, schon in einer bedeutenden Anzahl größerer Städte, namentlich des nördlichen Deutschlands, sich durch sein Talent und sein — Unglück vielfache freundliche Anerkennung erworben hat. Der junge Mann, Herr Harnack, ist nämlich des Augentlichts beraubt und also auf die Ausübung seiner Kunst zur Fristung seiner Subsistenz direkt angewiesen. Er beabsichtigt auch hier ein Konzert zu veranstalten, und zwar am nächsten Dienstag, d. 4. Juni, wozu ihm der Saal der Loge freundlichst bewilligt worden ist, und für welches, wie wir hören, auch der hiesige bekannte Pianist Hr. Krug und der Opernsänger Hr. Grunow ihre Mitwirkung bereitwillig zugesagt haben. Das Programm verspricht, so weit wir es bis jetzt kennen, eine angenehme Unterhaltung. Die Liebe zur Kunst und der Sinn für Wohlthätigkeit hat sich gleichmäßig hier schon so manchemal in erfreulicher Weise bekundet. Sei denn das Unternehmen des Hrn. H. für beide Kategorien angelegentlich empfohlen.

Angekommene Fremde.

Rom 31. Mai. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Generalmajor und Kommandeur der 3. Garde-Infanteriebrigade v. Herwarth und Prem. Lieutenant und Adjutant der 3. Garde-Infanteriebrigade v. Aweyde aus Berlin und Lieutenant und Gutsb. Bayer aus Storzewo. MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsb. Graf Wessierski sen. aus Jarzewo, die Kaufleute Lynke aus Bremen, Meyerjohn aus Bielefeld, Remmerke aus Danabrück, Weber aus Altenburg, Knarr aus Breslau, Giese und Künstler aus Stettin. BUSCH'S HOTEL DE ROME. Frau Gräfin v. Roedern aus Breslau, Assessor v. Seelmann aus Magdeburg, die Kaufleute Mügner aus Breslau, Schwißer aus Berlin und Schaubner aus Bromberg. HOTEL DU NORD. Oberamtmann Kunath aus Kiewierz und Rittergutsh. Altmann aus Windheim. OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kammerer und Gastwirth Fröhlich aus Zitzke, Rentier Berthen aus Bromberg, die Kaufleute Baum aus Stettin, Zanen aus Königsberg und Schindler aus Berlin. SCHWARZER ADLER. Fräulein Potensauer aus Grodowiz, Gutsb. Schmal aus Lesniewo und Kaufmann Girich aus Gollub. BAZAR. Agronom Frisch aus Prossau, die Gutsb. Graf Wycieliski nebst Frau aus Chocieleszowice Graf Wielzynski aus Goscieszyn, v. Döckl nebst Frau aus Gogolewo, Taktel aus Polen und v. Chlapowski aus Turwia, die Gutsb. Frauen v. Radostka aus Krasylie und v. Swinarska aus Dembe und Kreisrichter Bobrowski aus Pieschen. HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Lewisohn aus Berlin und Goldenring aus Wreschen, die Rittergutsh. v. Zuchowski aus Budzyn und Meißner jun. aus Kietrz, Domänenpächter v. Kirchenstein aus Strumiany, Gutsb. Licht aus Fabianowo, die Landwirthe Gerike aus Landsberg a. W., Friedrich aus Kietrz, Schab und Lieutenant Krüger aus Dbornik, Rentier v. Kaniewski aus Onesen und Bürger Ziemiecki aus Szyroda.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu: Berlin, Freitag 31. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde bei der Debatte über die Militärvorlagen das Amendement Kühne, 750,000 Thlr. von dem Bedarfe zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft abzusehen, mit 159 gegen 148 Stimmen angenommen. Der Ministerpräsident hatte sich vorher eventuell mit dem Amendement einverstanden erklärt. Die Bewilligung eines Pauschquantums als Extraordinarium des Budgets wurde nach dem Antrage der Kommission mit 206 gegen 98 Stimmen beschlossen. (Eingeg. 31. Mai 1 Uhr 45 Minuten Nachmittags.)

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Wasserheilstalt in Breslau,

Kohlenstrasse Nr. 1 und 2. Director und Arzt der Anstalt: Dr. Pinoff.

Wasserheilstalt

in Charlottenburg, 1/2 St. von Berlin und am Thiergarten reizend gelegen. Billige Pension. Dr. Eduard Preiss.

1 Thlr. 15 Sgr.

kostet das Abonnement in meiner Badeanstalt. Für gute Bedienung und Restauration ist gesorgt. Klopsch.

Die Unteroffiziersfrau Kurowska empfiehlt sich den hohen Herrschaften als neue Wirthschafterin; sie ist mit gutem Gefinde versehen und wohnt Wilhelmstraße Nr. 14, 3 Tr.

Gene in jeder Hinsicht günstig belegene Brauerei ist veränderungs halber unter soliden Bedingungen zu verpachten. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Wasserdichte Regenmäntel

für Reiter in Form von Militär-Reitmänteln 5 1/2 Thlr., für Fußgänger in Form von Saapaleto's 5 Thlr., Kapotten dazu 1 Thlr. mehr, außergewöhnliche Größen nach Verhältniß, empfehle ich als praktisch und preiswürdig. — Dieselben sind von schwarzer Farbe, sehr leicht und weit, kleben niemals und können beliebig eng zusammengepaßt werden. Ich habe deren mehrere tausend für Offiziere unserer und anderer Armeen geliefert, und haben selbe allgemeine Anerkennung gefunden. Bei Bestellungen bitte ich um Angabe der Form, Größe, Hals- und Brustweite. C. L. Schwerdtmann, Berlin, Leipzigerstr. 35.

Diese Mäntel sind nur einzig und allein bei mir zu haben.

Eine große Auswahl von Staats-, Rutsch-, Arbeits- und Kornalgeschirren, gut und dauerhaft gearbeitet, so wie alle in dies Fach schlagende Artikel empfiehlt die Kiemer- und Sattlerwaarenfabrik von C. W. Paulmann, Wasserstraße 4.

Dom. Grabianowo bei Schrimm stellt zum Verkauf 60 Stück Mutterchafe mit ungefährt 30 Lämmern, so wie 90 Stück Hammel. Dieses Vieh ist im besten Alter und zur Zucht tauglich, frei von erblichen Krankheiten und von feiner Wollbeschaffenheit.

200 Stück Hammel und 100 Stück Mutterchafe sind bei mir zu verkaufen; erstere können auch fett gebüht werden. Wirth. Dom. Lopianno.

660 veredelte Schafe, Hammel, Mutterchafe und Lämmer sollen in Balne bei Tarnowo verkauft werden. Bis zum 16. Juni können sie noch mit der Wolle beschäftigt werden.

Zucker-Coulour, beste, empfiehlt à Zentner 12 Thlr. die Droguerie- und Farbwaarenhandlung von F. G. Fraus, Breitestr. 14.

Präp. Hübner-Augen-Filzringe empfiehlt als neuestes und bestes Mittel zu deren radikaler Beseitigung das alleinige Depot von Joseph Wache, Markt 73. Preis pro Karton, worin 10 Stück Ringe, 10 Sgr.

Wanzen-Tod. Zur gründlichen Ausrottung der Wanzen nebst Brut in Stuben, Möbeln u. s. w. bietet diese Flüssigkeit allein das einzige Mittel. Seine Anwendung ist höchst einfach. Mit Gebrauchsanweisung vorrätig in Flaschen von 2 1/2 Sgr. an. Droguerie- und Farbwaarenhandlung von F. G. Fraus, Breitestr. 14, Ecke der Verberstraße.

Chinesisches Haarfärbemittel, à Flacon 25 Sgr. Die vorzüglichste Komposition, Haare, Bart u. Augenbrauen in jeder für das Gesicht passenden, beliebigen Nuance sofort echt zu färben. Das Flacon ist mit der Firma gestiegelt, welches sehr zu beachten bitten. Orientalisches Enthaarungsmittel, à Flacon 25 Sgr., entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil selbst von den zarresten Hautstellen Haare, die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem schönen Geschlecht bisweilen vorkommenden Bartspuren, zusammengewachsenen Augenbrauen, tiefes Scheitelhaar, werden dadurch binnen 15 Minuten beseitigt. Fabrik von Rothe & Co. in Berlin, Kommandantenstr. 31. Die alleinige Niederlage befindet sich in Posen bei Herrn Herrm. Moegelin, Breslauerstr. 9.

Die königl. preuss. Konzeß. Dr. Davidson'schen Zahntropfen zur sofortigen Beseitigung der Zahnschmerzen sind bei Herrn Joseph Wache in Posen echt zu haben. Generaldebit: J. Luft in Breslau, Herrenstraße Nr. 27. 1861 Maifüllung. sämmtlicher Heilquellen, so wie alle Sorten Badesalze sind stets vorrätig in der roten Apotheke, Markt 37, Ecke der Breitenstraße. A. Pfuhl, Apotheker.

Bekanntmachung wegen des Badens in der Warthe und Chybia.

Das Baden in der Warthe und in der Chybia ist nur in den Badeanstalten und an der Freibadestelle gestattet. Die liegt links vom Eichwaldwege, gegenüber der Stelle zwischen der Krzyzanowski'schen und Köblerschen Ziegelei. Sie ist durch Pfeile und eine Tafel mit der Aufschrift: „Deffentliche Badestelle“, bezeichnet. Die Pferdewaschung liegt unmittelbar diesseits der deffentlichen Badestelle, der ersten Kattayer Ziegelei gegenüber, und ist ebenfalls durch eine Tafel bezeichnet.

Das Baden und Schwimmen an anderen Orten in und außerhalb der Stadt, namentlich in der Nähe der Ueberfäh nach dem Städtchen, an dem wegen Unthesen gefährvollen Wartheufer diesseits der Anders'schen Badeanstalt, so wie zwischen dieser und der Klopisch'schen Badeanstalt, das Ueberschreiten der Warthen an den Badestellen, das Betreten der benachbarten Grundstücke und der zur Ueberbestimmung angelegten Bühnen und Anpflanzungen, die Verunreinigung der Badestellen, das Umherlaufen der Badenden entledigt am Ufer, so wie überhaupt jedes den Zustand verlezende Betragen wird nach Umständen mit 1 bis 5 Thlr. Geldbuße event. angemessenen Gefängniß geahndet. Eltern, Vormünder, Lehrherren und Pferdebesitzer sind verpflichtet, ihre Angehörigen und Dienstleute auf diese Vorschriften zu verweisen. Posen, den 29. Mai 1861. Der Polizeipräsident.

v. Baerensprung.

Konkurs-Eröffnung. Königliches Kreisgericht zu Rogasen. Erste Abtheilung. Den 22. Mai 1861 Mittags 12 Uhr. Neben das Vermögen des Kaufmanns H. Richard Wolf zu Rogasen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Herr Apotheker Seybold von hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 5. Juni d. J. Vormittags 10 Uhr vor dem Kommissar, Gerichtsassessor Engelkamp, an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Verbindlichkeiten zur Bestätigung des definitiven Verwalters abzugeben. Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas

an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgeboten, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 15. Juni c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendabin zur Konfirmationsmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen. Rogasen, den 22. Mai 1861. Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Deffentliches Angebot. Königliches Kreisgericht, Abtheilung für Civilsachen zu Posen. Posen, den 14. Januar 1861. Dem Ruchter Johann Kraiewicz zu Schierzig, Kreises Meseritz, soll bei dem am 29. Juli 1857 daselbst stattgefundenen Brande der 4% Posener Pfandbrief Nr. 36/4954, Lubowo, Kreis Gnesen, über 50 Thlr., nebst Zinscupons von Johanni 1857 an verbrannt sein. Der etwaige Inhaber dieses Pfandbriefs nebst Kupons wird hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung seines Anspruchs in dem am 15. Oktober 1861 Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Kreisrichter Motty im Instruktionszimmer anstehenden Termine zu melden, widrigenfalls derselbe die gänzliche Amortisation des Pfandbriefes nebst Zinscupons zu gewärtigen hat.

Gewissenhaften Unterricht in der deutschen wie in der französischen Sprache (Konversation, Lektüre, verbunden mit Grammatik) für Anfänger und Geübtere, so wie im Klavierspiel, ertheilt nach einer leicht faßlichen Methode gegen mäßiges Honorar. Amalie Löwenberg geb. Cohn, Wasserstraße 17, 1 Treppe. Anmeldungen täglich von 2 bis 4 Uhr. Posen, den 21. Mai 1861.

Einem geehrten Publikum zeige ergebenst an, daß ich den Gasthof zu Kobylepole übernommen und aufs Beste eingerichtet habe. Kalte und warme Speisen sind jederzeit zu haben. Spaziergänger dies zur Nachricht. Chechinski, Gastwirth.

Das neueste, beste und ganz unschädliche Königl. großbritannische und kaiserl. französische privilegierte

Haarfärbungsmittel

in Schwarz, Braun, Gelbbraun und Blond von F. L. Schayler in London. Ohne irgend einen Nachtheil befürchten zu müssen, kann Jedermann in der kurzen Zeit von 10 Minuten sich die Kopf- und Barthaare in allen beliebigen Schattierungen mit dieser vorzüglichen Komposition dauernd färben.

Luft's präparirter Rettigsaft, anerkannt bestes Hausmittel, leistet bei fatarblichen Beschwerden sofortige Erleichterung und ist dem so häufigen Genuß von Bouillons, Brust-Karamellen etc., welche meistens nur verschleimen und den Appetit verlegen, bedeutend vorzuziehen.

Schiller-Lotterie.

Die Gewinne der mir übergebenen Schillerloose sind nunmehr alle eingezogen und können gegen Rückgabe der ertheilten Scheine in meinem Komptoir in Empfang genommen werden.

Rettungsverein.

Die Vereinsprobe findet der Trohnsleichnamspostion wegen nicht am 2., sondern am 9. Juni statt. Der Vorstand. Sonnabend Nachm. 4 Uhr der dritte Vortrag des Herrn Rabbiner Dr. Chronin.

Familien-Nachrichten. Meine liebe Frau Anna geborne Könius wurde heute des Morgens um 4 Uhr von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. Grätz, den 30. Mai 1861. Niche, Apotheker.

Sommertheater in Posen. Freitag. Große Extravortellung mit Konzert und Theater. Programm: 1) Konzert. 2) Die Götter von Blasewitz. 3) Nicht schön. 4) Hermann und Dorothea. 5) Konzert. Entrée für Theater und Konzert 5 Sgr.

Die Militärmusik beginnt täglich um 3 Uhr Nachmittags.

gebent an, daß Herr v. Fielitz, erster Komiker des Leipziger Stadttheaters, zu einigen Gastrollen hier eintreffen wird, welche Montag den 3. Juni beginnen. Z. Keller.

Lambert's Garten. großes Konzert (Militärmusik).

3. u. 4. Ständen, und Am Meer, Pieder von Schubert. Ouverture, Chor, Lied und Schchor aus Preciosa. Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 2 1/2 Sgr. Familien von 3 Personen 5 Sgr. (Von 8 Uhr ab à Person 1 Sgr.)

CONCERT. Anfang 5 1/2 Uhr. Entrée 1 Sgr. F. Nadek.

Bratfisch's Garten (früher Sternke, Königsstr. 1).

Frühkonzert (Militärmusik), von dem Musikkorps 1. westpr. Gren. Regts. (Nr. 6), unter Leitung des Musikmeisters Herrn Nadek.

Da die G. Kreuzberg'sche Menagerie nur noch kurze Zeit einem geehrten Publikum zur Schau dargestellt bleibt, findet täglich eine große Vorstellung anstatt um 5 Uhr um 6 Uhr statt.

Produkten-Börse.

Berlin, 30. Mai. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco pr. 8000% nach Tralles frei ins Haus des Käufers geliefert am 24. Mai 1861. 18 1/2 - 19 Rt. 25. ... 18 1/2 - 19 Rt. 27. ... 19 Rt. 28. ... 19 1/2 - 19 3/4 Rt. 29. ... 18 1/2 Rt. 30. ... 18 1/2 - 18 3/4 Rt.

Berlin, 30. Mai. Wind: Ost. Barometer: 28. Thermometer: 18° +. Witterung: schwül.

Stettin, 30. Mai. Wetter: warm und regnet, + 16° R. Wind: N.O. Weizen loco p. 85pd. gelber 70 - 86 Rt. nach Qualität bz., schleisscher 71 - 72 Rt. bz., do. schwimmende Ladungen 70 Rt. bz., 85pd. ufermäcker 86 Rt. bz., 85pd. p. Juni-Juli 87 Rt. bz., 83/85pd. 83 Rt. bz. u. Gd., 82 1/2 Rt. bz., p. Sept.-Okt. do. 80 Rt. Gd.

Stettin, 30. Mai. Wetter: warm und regnet, + 16° R. Wind: N.O. Weizen loco p. 85pd. gelber 70 - 86 Rt. nach Qualität bz., schleisscher 71 - 72 Rt. bz., do. schwimmende Ladungen 70 Rt. bz., 85pd. ufermäcker 86 Rt. bz., 85pd. p. Juni-Juli 87 Rt. bz., 83/85pd. 83 Rt. bz. u. Gd., 82 1/2 Rt. bz., p. Sept.-Okt. do. 80 Rt. Gd.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Table with columns for Geschäftsbearbeitung vom 31. Mai 1861, Br. Gd. bez., and various financial entries like Staats-Schuldsch., Staats-Anleihe, etc.

Posener Marktbericht vom 31. Mai.

Table listing market prices for various goods like Weizen, Roggen, Hafer, etc., with columns for 'von' and 'bis'.

Wasserstand der Warthe.

Table showing water levels at different locations like Posen, Glogau, etc., with columns for date and level.

Juni 11 1/2 bz. u. Br., Juni-Juli 11 1/2 Br., Juli-Aug. 11 1/2 Br., Sept.-Okt. 11 1/2 bz. u. Br. Spiritus loco 18 1/2 bz., p. Mai, Juni u. Juli-Aug. 18 1/2 bz. u. Gd., Juli-Aug. 18 1/2 Gd., Aug.-Sept. 19 - 19 1/2 bz. (Br. Gd. Schl.)

Wollbericht.

Glogau, 30. Mai. Morgen beginnt hier der Wollmarkt, zu welchem die Zufuhren hauptsächlich bedeutender als im vorigen Jahre sein werden, weil bis jetzt nur etwas über 500 Ztr. im hiesigen Kreise durch Berliner und Breslauer Händler aufgekauft worden sind.

London, 25. Mai. In den hiesigen Wollauktionen sind nun 9122 Bll. Sidney, 11,780 Port Phillip, 3262 Bll. Adelaide, 523 Bll. Swan-River, 3758 B. Wandiemensland, 170 B. Neuseeland, 5340 B. Kap, 102 B. Buenos Ayres, 740 B. diverse, zusammen 39,802 Bollen, oder ungefähr 1/3 des angemeldeten Quantums, zu unveränderten, sehr festen Preisen verkauft worden.

Fonds- u. Aktienbörse.

Table listing stock prices for various companies like Rheinische, Eisenbahn, etc., with columns for price and quantity.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsgeld.

Table listing bank and credit stock prices for institutions like Berl. Kassenverein, etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stock prices for companies like Dessau-Kont. Gas-W., etc.

Staats-Schuldsch.

Table listing government bond prices for various types like Kur-u. Neum. Schuld, etc.

Gold, Silber und Papiergeld.

Table listing gold, silver, and paper money prices for various currencies and denominations.

Breslau, 30. Mai. Bei günstiger Stimmung und belebtem Geschäft stellten sich sämtliche Kurse wesentlich höher. Schlusskurse, Diskonto-Komm.-Anth. 85 Br. Defreidische Kredit-Bank-Aktien 64 1/2 bz u Gd. Defreid. Loose 1860. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.